

Weiterbildungsangebot 2024 - 2025

Seminare zum Vollstreckungs- und Insolvenzrecht



www.kbw.de



© Kommunales Bildungswerk e. V.
Berliner Allee 125
13088 Berlin

Tel.: 030.293350-0
Fax: 030.293350-39
E-Mail: info@kbw.de
Web: www.kbw.de
Bürozeiten: Montag bis Donnerstag von 8:00 - 17:00 Uhr
Freitag von 8:00 - 16:00 Uhr

Redaktionsleitung:

Ulrike Urbich, Kommunales Bildungswerk e. V.

Das Kommunale Bildungswerk e.V. ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter 11232/Nz eingetragen (Vereinsitz Berlin-Charlottenburg). Das Kommunale Bildungswerk e.V. ist Mitgründer und -träger des Instituts für Wissenstransfer in Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin.

Das Kommunale Bildungswerk e.V. ist Kooperationspartner des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V., der Steinbeis-Hochschule Berlin (AOEV) und des Roncalli-Hauses Magdeburg.

Berlin, im März 2024

Sehr geehrte Fortbildungsinteressierte,

wir als Kommunales Bildungswerk e. V. möchten Sie in Ihrem Weiterbildungsweg unterstützen und begleiten.

Aus unserem aktuellen Fortbildungsprogramm stellen wir regelmäßig thematische Sonderauszüge für Sie zusammen. Wir bieten Ihnen so die perfekte Übersicht, um schnell und zielgerichtet das passende Seminarangebot für Ihre berufliche Praxis zu finden.

Auf den nachfolgenden Seiten haben wir aktuelle Seminare zum „**Vollstreckungs- und Insolvenzrecht**“ für Sie gebündelt dargestellt. Treffen Sie Ihre Wahl und melden Sie sich direkt an.

Vermissen Sie ein Angebot? Welches Thema haben wir eventuell noch nicht berücksichtigt? Senden Sie uns gern Ihre Vorschläge per Email an feedback@kbw.de! Ihre Anregungen sind uns wichtig.

Ich freue mich auf den Austausch und ein persönliches Kennenlernen in Präsenz oder digital.

Ihre



Ulrike Urbich
Geschäftsführerin

Veranstaltungsorte

In Berlin haben wir verschiedene Seminarstandorte. Den konkreten Ort sowie die Anreise teilen wir Ihnen in der verbindlichen Seminareinladung mit.

Unsere Veranstaltungen in anderen Städten Deutschlands finden in von uns ausgewählten Tagungshotels statt. Inhaltlich und organisatorisch werden diese Veranstaltungen durch unsere Regionalbüros vor Ort betreut.

Seminarzeiten

Der nachfolgenden Aufstellung können Sie unsere regelmäßigen Seminarzeiten entnehmen, von denen sich in Einzelfällen Abweichungen ergeben können. Der jeweilige konkrete zeitliche Ablauf ist unserer Einladung zu entnehmen, die wir Ihnen vor Beginn Ihrer Veranstaltung zusenden.

1-tägiges Seminar

10:00 bis 16:30 Uhr

2-tägiges Seminar

09:00 Uhr bis 16:30 Uhr (erster Tag)

08:00 Uhr bis 14:30 Uhr (zweiter Tag)

3-tägiges Seminar

09:00 Uhr bis 16:30 Uhr (erster Tag)

08:00 Uhr bis 15:30 Uhr (zweiter Tag)

08:00 Uhr bis 14:30 Uhr (dritter Tag)

Unterkunft und Verpflegung

Für die Buchung preisgünstiger Hotelzimmer berücksichtigen Sie bitte die Hinweise im allgemeinen Fortbildungsprogramm. Mittags- und Frühstücksverpflegung sind im Seminarpreis nicht enthalten. An allen Seminarorten stehen Wasser, Kaffee und Tee kostenfrei zur Verfügung.

Seminaranmeldung

Die Anmeldung zu den Veranstaltungen ist postalisch, per Fax, per E-Mail oder direkt über unsere Website möglich. Ein entsprechendes Formular ist auf der letzten Innenseite zu finden.

Inhouseveranstaltungen

Besonders hinweisen möchten wir auf unser Inhouse-Angebot. Zu allen Seminarthemen organisieren wir für Sie individuell maßgeschneiderte Seminare vor Ort.

Seminararten

Die mit **Fachseminar** gekennzeichneten Veranstaltungen wenden sich an Interessenten mit dem Ziel, zu den jeweiligen Themengebieten fachliche Grundkenntnisse zu vermitteln.

Spezialseminare widmen sich ausgewählten Problemen des Berufsalltags. Aufbauend auf vorhandenen Grundkenntnissen wird hier weiterführendes und vertiefendes Wissen vermittelt.

Im Mittelpunkt eines **Workshops** stehen der gemeinsame Erfahrungsaustausch und das Finden von Lösungen für spezielle Probleme aus der Praxis. Es werden vielfältige Methoden wie Diskussion, Gruppenarbeit und interaktives Arbeiten eingesetzt. Die Lehrkraft ist hierbei Moderator und Coach. Fundierte fachliche Kenntnisse und praktische Erfahrungen sind Voraussetzungen für die Teilnahme an einem Workshop. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, im Vorfeld ihre Probleme und Fragen dem KBW e. V. zu übermitteln.

Kompaktkurse sind Fortbildungen, die aus mehreren inhaltlich voneinander abgegrenzten Modulen bestehen.

Newsletter

Unser Internet-Newsletter erscheint jeweils am Ende des Monats. Darin stellen wir aktuelle Projekte und Neuigkeiten zu unseren Weiterbildungsveranstaltungen vor. Der KBW-Newsletter kann kostenlos unter www.kbw.de abonniert und natürlich jederzeit wieder abbestellt werden.

Vollstreckungsrecht/Insolvenzverfahren

Vollstreckungsrecht

Verwaltungsvollstreckung/Vollstreckung von Geldforderungen - eine systematische Einführung	2
Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen	2
Prüfung zum Kompaktkurs "Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen"	4
Verwaltungsvollstreckung gegen juristische Personen und Personengesellschaften des privaten Rechts - Ansprüche der Kommune durchsetzen	5
Verwaltungsvollstreckungsrecht im Land Brandenburg	5
Aktuelle Fragen der Verwaltungsvollstreckung	5
Die Forderungspfändung - neue Möglichkeiten und Wege für die Erhöhung der Erfolgchancen	6
Die Geltendmachung privatrechtlicher Forderungen: von der Mahnung bis zur Vollstreckung	6
Die Vermögensauskunft des:der Schuldner:in in der Zwangsvollstreckung - aktuelle Neuregelungen zum Offenbarungsverfahren und zum Schuldnerverzeichnis	7
Aktuelle Probleme bei der Pfändung von Girokonten und anderen Forderungen gegen Banken und Kreditinstitute (Reform des Kontopfändungsschutzes)	7
Die Praxis der Lohnpfändung für Arbeitgeber, Schuldner:innen und Gläubiger:innen	8
Die Vollstreckung in das Grundbuch und in das unbewegliche Vermögen - von der Pfändung einer Grundschild über die Sicherungshypothek bis zur Zwangsversteigerung	9
Zwangsvollstreckung in der praktischen Umsetzung für Vollstreckungs-/Vollziehungsbeamte	9
Die erfolgreiche Kfz-Pfändung ("Neu")	10
Stundung, Erlass und Niederschlagung von öffentlich-rechtlichen Forderungen	10
Stundung, Erlass und Niederschlagung	10
Verjährung und Verwirkung kommunaler Geldforderungen - Fristen, Beginn, Hemmung, Neubeginn, Wirkung	11
Gemeindekasse/Stadtkasse - Einführung in die Aufgaben und Organisation ("Neu")	11
Zwangsvollstreckungsrecht - die zwangsweise Durchsetzung von Auskunft- und Unterhaltsansprüchen für Beiständ:innen	12
Vollstreckung von Bußgeldbescheiden	12

Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen (Vollstreckung von Verwaltungsakten)	13
Glaubhaftigkeit von Aussagen beurteilen - Möglichkeiten und Grenzen, Glaubhaftigkeitsmerkmale zu entdecken	13

Das Insolvenzverfahren

Systematische Einführung in das Regelinsolvenzverfahren	14
Systematische Einführung in die Insolvenzordnung	14
Systematische Einführung in die Restschuldbefreiung und Verbraucherinsolvenz - Ablauf, Verfahren, Intervention	15
Die Insolvenzordnung - Gesetzgebung und Rechtsprechung, Vorgaben, Empfehlungen	15
Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht	16
Insolvenzantragstellung - weshalb, wie und mit welchen Folgen ("Neu")	16
Kommunale Ansprüche im Insolvenzverfahren	16
Abwehr unberechtigter Ansprüche des:der Insolvenzverwalter:in bei Insolvenzanfechtungen, insbesondere Vorsatzanfechtung	17
Entschuldungsverfahren und Restschuldbefreiung - Wissen kompakt	17
Insolvenzanfechtung - Verteidigungsstrategien für öffentlich-rechtliche Gläubiger:innen	18
Haftung nach steuerlichen und außersteuerlichen Rechtsnormen sowie Anfechtungen nach dem AnfG. Aktuelle Rechtsprechung und Besonderheiten in der Insolvenz des:der Steuerschuldner:in	18
Das Abrechnungsverfahren des Arbeitgebers bei Lohnpfändungen, Abtretungen und Aufrechnungen. Das Verhalten des Arbeitgebers im Insolvenzverfahren des:der Arbeitnehmer:in	19
Die Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens auf Unterhaltsansprüche	19
Die Insolvenz - unterhaltsrechtliche Schwerpunkte ("Neu")	20
Unterhaltsforderungen: Beitreibung in EU-Mitgliedsstaaten sowie in Drittstaaten mithilfe der zentralen Behörden (ein Praxisleitfaden)	20

Vollstreckungsrecht

Verwaltungsvollstreckung/Vollstreckung von Geldforderungen - eine systematische Einführung

Kompaktseminar in zwei Teilen

<https://www.kbw.de/-VLB100>

Teil 1: 04.07. - 05.07.2024 (Berlin)

Code: VLB100 * 395,00 Euro

Teil 1: 14.11. - 15.11.2024 (Berlin)

Code: VLB100 * 395,00 Euro

Teil 1: 13.03. - 14.03.2025 (online)

Code: VLB100 * 395,00 Euro

Teil 1: 03.07. - 04.07.2025 (Berlin)

Code: VLB100 * 395,00 Euro

Teil 1: 13.11. - 14.11.2025 (Berlin)

Code: VLB100 * 395,00 Euro

Teil 2: 05.12. - 06.12.2024 (Berlin)

Code: VLB120 * 395,00 Euro

Teil 2: 10.04. - 11.04.2025 (online)

Code: VLB120 * 395,00 Euro

Teil 2: 04.12. - 05.12.2025 (Berlin)

Code: VLB120 * 395,00 Euro

Im Rahmen des zweiteiligen Seminars wird das Rechtsgebiet der Vollstreckung grundlegend und umfassend dargestellt. Die Teilnehmenden erhalten einen Gesamtüberblick und können eventuell bereits gemachte Erfahrungen in das Seminar einbringen und Lösungen für die Praxis mitnehmen. Das Seminar richtet sich in erster Linie an neue Beschäftigte bei Vollstreckungsbehörden sowie anderen Behörden und Körperschaften, die mit der Vollstreckung befasst sind (einschließlich Vollziehungs- und Vollstreckungsbeamten:innen). Der angestrebte Erfahrungsaustausch kann auch für Teilnehmende, die in diesem Bereich bereits tätig sind, gewinnbringend sein. Auf die aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung wird bei den einzelnen Themenschwerpunkten umfassend eingegangen. Der Teil 2 kann einzeln belegt werden, wenn die Inhalte bzw. Schwerpunkte des 1. Teils beherrscht werden.

Schwerpunkte:

Teil 1

Code: VLB100

- Allgemeines zur Durchführung von Vollstreckungshandlungen: Vorbereitung der Vollstreckung; Vollstreckungsvoraussetzungen; Vollstreckungsschuldner:innen, Vollstreckung gegen Dritte; Amts- und Vollstreckungshilfe; Datenschutz, Steuergeheimnis; Einstellung und Aussetzung der Vollstreckung; Stundung, Vollstreckungsaufschub; Niederschlagung und Erlass; Verjährung
- Vollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen: gerichtliches Mahn- und Vollstreckungsverfahren (Erläuterung der Vordrucke, Fehlerquellen)
- Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen: Abgrenzung der Bereiche bewegliches und unbewegliches Vermögen; Gesamtvermögen
- Vollstreckung in bewegliche Sachen: Pfändung beweglicher Sachen, Betreten und Durchsuchen, Widerstand; Gewahrsamsbegriff - Eigentumsvermutung bei Ehegatt:innen, Lebenspartner:innen, nichtehelichen Lebensgemeinschaften; Mitnahme, Inbesitznahme, Belassen bei dem:der Schuldner:in, Gefahr des Untergangs, Überpfändung; Niederschrift über die Pfändung, erfolglose Pfändung, Verwertung der gepfändeten Sache
- Verfahren zur Abgabe der Vermögensauskunft: Ablauf des Verfahrens; Haftbefehl; Auswertung des Vermögensverzeichnisses
- Vollstreckung in Geldforderungen: Pfändung von Arbeitseinkommen; Pfändung von Bank- und Sparkassenguthaben; Pfändung von Sozialleistungsansprüchen; Pfändung sonstiger Geldforderungen

Teil 2

Code: VLB120

- Beauftragung des:der Gerichtsvollzieher:in: Anträge; Kostenfragen; Zusammenarbeit mit dem:der Gerichtsvollzieher:in
- Vollstreckung von Zwangsgeldern
- Besonderheiten bei der Vollstreckung von Geldbußen: Erzwingungshaft; Arbeitsauflagen bei Heranwachsenden
- Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen: Zwangshypothek; Zwangsversteigerung; Zwangsverwaltung
- Die Haftung für Steuern und sonstige Abgaben: Übersicht über die häufigsten Haftungskriterien; Einzelfragen einer Inanspruchnahme Dritter
- Das Insolvenzverfahren: die verschiedenen Verfahrensabschnitte; Anträge; Erklärungen; taktisches Vorgehen

Zielgruppe: Beschäftigte im Vollstreckungsdienst und andere mit der Vollstreckung von Geldforderungen beauftragte Bedienstete, die interessiert sind, sich systematisch und fundiert das Vollstreckungsrecht anzueignen. Es werden allgemeine verwaltungsrechtliche Grundkenntnisse vorausgesetzt.

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass.jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen

Kompaktkurs in 5 Modulen

<https://www.kbw.de/-VLK100>

25.04.2024 - 12.07.2024 (Berlin)

Code: VLK100 * 1.850,00 Euro

10.10.2024 - 03.12.2024 (Berlin)

Code: VLK100 * 1.850,00 Euro

Die Aufgaben der Sachbearbeiter:innen in der Zwangsvollstreckung haben mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Keine Kommune und keine Behörde kann es sich erlauben, offene Forderungen nicht beizutreiben. Besonders vor dem Hintergrund einer ordnungsgemäßen und steuergerechten Verwaltung haben die Qualitätsansprüche an die erzielten Arbeitsergebnisse erheblich zugenommen. Um sich in dem Sachgebiet der Zwangsvollstreckung rechtssicher zu bewegen und den Berufsalltag bewältigen zu können, sind grundlegende Rechtskenntnisse absolut unverzichtbar, zumal die Rechtmäßigkeit von Vollstreckungsmaßnahmen von der korrekten Anwendung der einschlägigen Vorschriften abhängt.

Diese Kernkompetenzen möchte das Kommunale Bildungswerk e. V. mit diesem Kompaktkurs Beschäftigten vermitteln, die neu in den Beruf einsteigen, das Sachgebiet wechseln oder, die ihre in der praktischen Arbeit erworbenen Kenntnisse auf solide Rechtsgrundlagen stellen möchten. Hierbei sichert das Kommunale Bildungswerk e. V. ein hohes fachliches Niveau der Module zu und achtet drauf, dass die Inhalte mit konkretem Praxisbezug zu den täglichen Arbeitsaufgaben vermittelt werden. Teilnehmende am Gesamtkurs erhalten als Nachweis einer erfolgreich absolvierten beruflichen Zusatzqualifizierung ein vom Kommunalen Bildungswerk e. V. ausgestelltes Teilnahmezertifikat „Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal)“. Der Besuch des in sich geschlossenen Gesamtkurses wird empfohlen. Es ist aber auch - bei ausreichender Platzkapazität - möglich, einzelne Module zu buchen. Die Preise entnehmen Sie bitte unserer Website.

Der Kompaktkurs wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wissenstransfer in Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege e. V. (IWVR e. V.) an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) durchgeführt. Nach Absolvieren des Gesamtkurses haben die Interessent:innen darüber hinaus die Möglichkeit, ein Institutszertifikat des IWVR e. V. an der HWR zu erwerben. Hierfür nehmen die Teilnehmenden an einer Abschlussprüfung (Code: VLK100-P) teil, welche eine 90-minütige Klausur umfasst. Beim erfolgreichen Absolvieren erhalten sie ein Institutszertifikat als „**Zertifizierte/r Sachbearbeiter:in Zwangsvollstreckung - kommunal (Grundwissen)**“ (HWR, IWVR e. V.). Die separate Prüfungsgebühr beträgt 350,00 Euro.

Modul 1: Vollstreckung von Geldforderungen - Überblick über die Maßnahmen der Vollstreckung

25.04. - 26.04.2024 (Berlin)
10.10. - 11.10.2024 (Berlin)

Code: VLK100-1
Code: VLK100-1

Schwerpunkte:

- Maßnahmen der Zwangsvollstreckung in Forderungen, bewegliche und unbewegliche Sachen, Vermögensauskunft
- Vollstreckungsvoraussetzungen, Rechtmäßigkeit von Zwangsvollstreckung
- Gesetzliche Grundlagen der Verwaltungsvollstreckung, Verweise in die Zivilprozessordnung (ZPO)
- Vollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen: gerichtliches Mahn- und Vollstreckungsverfahren
- Ein Vollstreckungsfall, Herangehensweise, Reihenfolge von Maßnahmen

Dozenten: Frau Uta Goldbach, Dipl.-Rechtspflegerin mit langjähriger Erfahrung auf den Gebieten Grundbuch, Vollstreckung, Insolvenzrecht und Nachlass; Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobilien- und Immobilienvollstreckungsrecht

Hinweis: Der Besuch der Seminare Code: VLB100 und Code: VLB120 in den letzten 12 Monaten kann als Modul 1 anerkannt werden.

Modul 2: Bescheiderstellung mit der Zielrichtung Zwangsvollstreckung - Vollstreckungsaußendienst

30.05. - 31.05.2024 (Berlin)
24.10. - 25.10.2024 (Berlin)

Code: VLK100-2
Code: VLK100-2

Schwerpunkte:

- Wie muss ein Bescheid beschaffen sein, um eine Zwangsvollstreckung rechtmäßig durchzuführen?
- Vollstreckungsschuldner:in aufgrund Leistungs-/Haftungs-/Duldungspflicht
- Vollstreckung gegen Erben/-gemeinschaften, juristische Personen, BGB-Gesellschaften, Insolvenzschuldner:innen
- Überblick über die Aufgaben des Vollstreckungsaußendienstes

Dozenten: Frau Uta Goldbach, Dipl.-Rechtspflegerin mit langjähriger Erfahrung auf den Gebieten Grundbuch, Vollstreckung, Insolvenzrecht und Nachlass; Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobilien- und Immobilienvollstreckungsrecht

Modul 3: Pfändung von Arbeitseinkommen - Kontopfändung auch unter Berücksichtigung der InSO

25.06. - 26.06.2024 (Berlin)
05.11. - 06.11.2024 (Berlin)

Code: VLK100-3
Code: VLK100-3

Schwerpunkte:

- Begriff des Arbeitseinkommens, Einheitlichkeit des Arbeitsverhältnisses der Pfändung nicht unterworfenen Geldbeträge
- Pfändungszugriffe für nicht bevorrechtigte und für bevorrechtigte Gläubiger:innen bzw. Unterhaltsgläubiger:innen
- Nichtberücksichtigung und Wegfall unterhaltsberechtigter Personen
- Zusammenrechnung verschiedener Arbeitseinkommen - Arbeitseinkommen und Sozialleistungen
- Zusammentreffen von Pfändung, Abtretung und Aufrechnung
- Funktionsweise des P-Kontos, Unterschied P- und nicht P-Konto
- Maßgebliche ZPO-Vorschriften der Kontopfändung im Allgemeinen sowie aller gesetzlicher Normen zum P-Konto nach Inkrafttreten des PKoFoG (§§ 899 - 910 ZPO)
- Regelungen zum Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen, Pfändungstabelle
- Zusammentreffen von Vollstreckung und Insolvenzverfahren

Dozenten: Frau Uta Goldbach, Dipl.-Rechtspflegerin mit langjähriger Erfahrung auf den Gebieten Grundbuch, Vollstreckung, Insolvenzrecht und Nachlass; Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobilien- und Immobilienvollstreckungsrecht

Modul 4: Die Vermögensauskunft der Schuldner:innen in der Zwangsvollstreckung - aktuelle Neuregelungen zum Offenbarungsverfahren und zum Schuldnerverzeichnis

27.06.2024 (Berlin)
07.11.2024 (Berlin)

Code: VLK100-4
Code: VLK100-4

Schwerpunkte:

- Voraussetzungen der Vermögensauskunft nach § 802c und § 807 ZPO
- Handlungsalternativen für Vollstreckungsbehörden, Androhung der Eintragung in das Schuldnerverzeichnis
- Verfahrensgang: verpflichtete Personen, Inhalt des Vermögensverzeichnisses
- Erzwingung der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung
- Rechtsschutz der Schuldner:innen
- Altes dezentrales und neues elektronisches Schuldnerverzeichnis
- Eintragungsanordnung und Verhinderung der Eintragung durch den:die Schuldner:in

Dozent: Herr Prof. Ulrich Keller lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin Zwangsvollstreckungsrecht und Insolvenzrecht

Hinweis: Beachten Sie bitte auch das Seminar zur effektiven Schuldnerbefragung mit dem Code: VLB222

Modul 5: Die Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen

11.07. - 12.07.2024 (Berlin)
23.01. - 24.01.2025 (Berlin)

Code: VLK100-5
Code: VLK100-5

Schwerpunkte:

- Erläuterung der unterschiedlichen Vollstreckungsmaßnahmen: Zwangshypothek, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung
- Ablauf der verschiedenen Verfahren
- Anträge, Anmeldungen, Beitritt und Zuschlag in der Zwangsversteigerung
- Behandlung der öffentlichen Lasten
- Vollstreckungsschutz und Versteigerungsverhindernde
- Der Versteigerungstermin
- Miterbenanteil und unbewegliches Vermögen
- Übersichten, Muster, Vordrucke, Checklisten

Dozenten: Frau Uta Goldbach, Dipl.-Rechtspflegerin mit langjähriger Erfahrung auf den Gebieten Grundbuch, Vollstreckung, Insolvenzrecht und Nachlass; Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobilien- und Immobilienvollstreckungsrecht

Zielgruppe: Beschäftigte im Vollstreckungsdienst und andere mit der Vollstreckung von Geldforderungen beauftragte Bedienstete, die interessiert sind, sich systematisch und fundiert das Vollstreckungsrecht anzueignen.

Prüfung zum Kompaktkurs "Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen"

Prüfung

08.11.2024 (Online-Prüfung)
31.01.2025 (Online-Prüfung)

<https://www.kbw.de/VLK100-P>

Code: VLK100-P * 350,00 Euro
Code: VLK100-P * 350,00 Euro

Die Teilnehmenden des Kompaktkurses "Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen" (Code: VLK100) haben die Möglichkeit, eine Abschlussprüfung am Institut für Wissenstransfer in Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege e. V. (IWVR) an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) abzulegen und ein Institutszertifikat als "Zertifizierte:r Sachbearbeiter:in Zwangsvollstreckung - kommunal (Grundwissen)" (HWR, IWVR e. V.) zu erwerben. Hierfür schreiben die Teilnehmenden online eine 90-minütige Klausur. Dies kann ortsungebunden an jedem internetfähigen Computer erfolgen.

Schwerpunkte:

- Bescheiderstellung mit der Zielrichtung Zwangsvollstreckung
- Aufgaben des Vollstreckungsaußendienstes
- Pfändung von Arbeitseinkommen und Kontopfändung
- Die Vermögensauskunft der Schuldner:innen
- Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf die Zwangsvollstreckung
- Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen

Zielgruppe: Absolvent:innen des Kompaktkurses

Zugelassene Arbeitsmittel: Gesetzestexte ohne kommentierende Einleitung oder Kommentare

Prüfer: Herr Prof. Rainer Goldbach, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Verwaltungsvollstreckung gegen juristische Personen und Personengesellschaften des privaten Rechts - Ansprüche der Kommune durchsetzen

Fachseminar

<https://www.kbw.de/-VLB175>

Termine befinden sich momentan in der Abstimmung

Code: VLB175 * 270,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer mit den Grundlagen der Verwaltungsvollstreckung gegenüber juristischen Personen und Personengesellschaften des privaten Rechts vertraut zu machen. Hierbei werden die Mitarbeiter der kommunalen Vollstreckungsbehörde mittels Vortrag, Übungsfällen und Diskussion in die Lage versetzt, kommunale Ansprüche (Geldforderungen) gegenüber solchen Vollstreckungsschuldnern durchzusetzen.

Schwerpunkte:

- Grundlagen und Abgrenzungen
- Die Verwaltungsvollstreckung gegen die juristische Person pR, auch gegen die Gesellschafter
- Die Verwaltungsvollstreckung gegen die Personengesellschaft, auch in das Privatvermögen der Teilhaber
- Haftungsmöglichkeiten bei kommunalen Abgaben

Zielgruppe: Mitarbeiter, die im Bereich der kommunalen Vollstreckungsbehörde mit der Beitreibung von Ansprüchen beauftragt sind, die sich gegen juristische Personen und Personengesellschaften des privaten Rechts richten.

Dozenten: Herr Peter Rothfuss, Ass.jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler; Herr Eric Hornickel, Kassenverwalter und Leiter der Vollstreckungsbehörde einer Finanzservicestelle

Verwaltungsvollstreckungsrecht im Land Brandenburg

Fachseminar

<https://www.kbw.de/-VLB330>

24.06.2024 (Berlin)

Code: VLB330 * 270,00 Euro

21.11.2024 (online)

Code: VLB330 * 270,00 Euro

Das Seminar vermittelt den Teilnehmenden die anzuwendenden Rechtsnormen in der Verwaltungsvollstreckung unter besonderer Beachtung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Brandenburg und der zugehörigen Kostenordnung. Ein Schwerpunkt liegt jeweils auf der Thematik der Sach- und Forderungspfändungen sowie auf den Organisationsmöglichkeiten auch in kleinen Vollstreckungsbehörden. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Fragestellungen einzubringen.

Schwerpunkte:

- Rechtliche Grundlagen der Verwaltungsvollstreckung im Land Brandenburg (VwVG Bbg, BbgKostO)
- Überblick über die Reformen der letzten Jahre (u. a. P-Konto, Sachaufklärung, Insolvenzrecht)
- Aufgaben des Vollstreckungsinnen- und -außendienstes
- Forderungspfändung
- Sachpfändung
- Möglichkeiten der Gestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation

Zielgruppe: Kassenverwalter:innen, Beschäftigte kommunaler Vollstreckungsbehörden, von Zweckverbänden und Rechnungsprüfungsämtern

Mitzubringende Arbeitsmittel: Text des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Brandenburg (VwVG Bbg) einschließlich Kostenordnung

Dozent: Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobilien- und Immobilienvollstreckungsrecht

Aktuelle Fragen der Verwaltungsvollstreckung

Spezialseminar

<https://www.kbw.de/-VLB170>

25.09.2024 (Berlin)

Code: VLB170 * 270,00 Euro

24.09.2025 (online)

Code: VLB170 * 270,00 Euro

Zahlreiche Gesetzesänderungen haben Auswirkungen auf die Verwaltungsvollstreckung. Vermehrt müssen sich daher auch die Gerichte mit der Vollstreckungspraxis befassen. Im Seminar werden auf der Grundlage der aktuellen Gesetzgebung und Rechtsprechung die neuesten Entwicklungen und Strömungen aufgezeigt und Anregungen für eine möglichst erfolgreiche Vollstreckung gegeben. Breiter Raum wird der Diskussion und der Behandlung von Einzelproblemen eingeräumt.

Schwerpunkte:

- Vorbereitung von Vollstreckungsmaßnahmen
- Steuergeheimnis und Datenschutz
- Ermittlungsmöglichkeiten
- Einschaltung anderer staatlicher Stellen
- Bestellung von Sicherheiten, Stundung, Ratenzahlung
- Vollstreckung in bewegliche Sachen, einschl. Verwertung
- Die Vermögensauskunft
- Vollstreckung in Geldforderungen und andere Vermögensrechte
- Zugriff auf das unbewegliche Vermögen und auf Grundstücksrechte
- Verhalten im Insolvenzverfahren
- Erfahrungsaustausch und Diskussion

Zielgruppe: Beschäftigte von Vollstreckungsbehörden, Fachämtern und Eigenbetrieben, die mit der Festsetzung, Geltendmachung und Vollstreckung von Geldforderungen befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte werden gestellt

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass. jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Die Forderungspfändung - neue Möglichkeiten und Wege für die Erhöhung der Erfolgchancen

Spezialseminar

<https://www.kbw.de/-VLB110>

28.11. - 29.11.2024 (online)

Code: VLB110 * 395,00 Euro

20.03. - 21.03.2025 (Berlin)

Code: VLB110 * 395,00 Euro

27.11. - 28.11.2025 (online)

Code: VLB110 * 395,00 Euro

Eine Sachpfändung verläuft meist erfolglos. Die Forderungspfändung erhöht dagegen die Chancen erheblich, offene Geldansprüche zu realisieren. In dem Seminar werden die Wege und Möglichkeiten der Forderungspfändung aufgezeigt. Neben der Darstellung der grundsätzlichen Vorgehensweise werden auch Vollstreckungsmaßnahmen in Forderungsrechte aufgezeigt, die sich nicht auf den ersten Blick erschließen, jedoch die Erfolgchancen effizient erhöhen können. Das sichere Vorgehen hierfür wird jeweils eingehend erläutert, eventuelle Unsicherheiten werden genommen und Formulierungshilfen an die Hand gegeben. Fragestellungen aus der Praxis der Teilnehmenden sind erwünscht - ihnen wird ein besonderer Raum für die Erörterung gegeben. Auf die neueste Rechtsprechung wird intensiv eingegangen.

Schwerpunkte:

- Das Pfändungsverfahren: Ermittlungsmöglichkeiten; Vermögensauskunft; Rechtswirkungen der Pfändung
- Verwertung; Rechtsstellung der Beteiligten; Zusammentreffen von Abtretungen und Pfändungen bzw. mehrfacher Pfändungen und Aufrechnungen, Kostenfragen
- Die Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens auf bestehende Pfändungen: Insolvenzanfechtung; Rückschlagsperre
- Absonderungsrecht; Unterhaltspfändungen und Insolvenz; Wirkungen der Restschuldbefreiung
- Pfändung von Arbeitseinkommen: Zugriffsbereich, Einschränkungen und Erweiterungen; Verschleiertes Arbeitseinkommen; Zusammenrechnung verschiedener Arbeitseinkommen bzw. mit Sozialleistungsansprüchen
- Kontopfändung; das Pfändungsschutzkonto; das Oder-, und- bzw. Anderkonto
- Pfändung von Sozialleistungen und (künftigen) Rentenansprüchen
- Sonstige Geldforderungen (z. B. Steuererstattungsansprüche, weitere Forderungsrechte)
- Sonstige Vermögensrechte, wie Anwartschaften (Eigentumsvorbehalte, Sicherungsansprüche) und Grundpfandrechte; Besonderheiten bei der Vollstreckung gegen Firmen, Personenmehrheiten, Erbengemeinschaften

Zielgruppe: Beschäftigte im Vollstreckungsdienst von Verwaltungen, Eigenbetrieben und Tochterunternehmen; Beschäftigte von Kreditinstituten und Versicherungen. Kenntnisse des Verwaltungs- und Vollstreckungsrechts werden vorausgesetzt.

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass. jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Die Geltendmachung privatrechtlicher Forderungen: von der Mahnung bis zur Vollstreckung

Fachseminar

<https://www.kbw.de/-VLB030>

06.05. - 07.05.2024 (online)

Code: VLB030 * 395,00 Euro

17.10. - 18.10.2024 (Berlin)

Code: VLB030 * 395,00 Euro

15.05. - 16.05.2025 (online)

Code: VLB030 * 395,00 Euro

16.10. - 17.10.2025 (Berlin)

Code: VLB030 * 395,00 Euro

Der Einzug von privatrechtlichen Forderungen bzw. die Absicherung von Außenständen bereitet einen nicht unerheblichen Aufwand. Im Seminar werden kostengünstige Möglichkeiten der Sicherung und Realisierung von Außenständen aufgezeigt. Die Teilnehmenden sollen die notwendige Sicherheit gewinnen, richtig mit dem/der Schuldner:in Verhandlungen führen zu können und das gerichtliche Mahnverfahren bzw. die Klage bis hin zur Zwangsvollstreckung kostengünstig zu betreiben. Die Grenzen, ab wann sachkundige Hilfe in Anspruch genommen werden muss, werden ebenfalls dargestellt. Muster und Vordrucke werden erläutert und Formulierungshilfen gegeben. Auf die aktuelle Rechtsprechung wird ausführlich eingegangen. Probleme und Einzelfragen der Teilnehmenden werden aufgegriffen und der Erfahrungsaustausch wird angeregt.

Schwerpunkte:

- Die Absicherung von Forderungen: Schuldbeitritt; Bürgschaft; Patronatsklärung; Garantie; Sicherungsübereignung; Eigentumsvorbehalt; Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten; Hypothek und Grundschuld
- Vorüberlegungen zum Forderungseinzug: Fälligwerden einer Forderung; Verzug; Mahnung; Verjährung
- Der Forderungseinzug: Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung (Erläuterung des gerichtlichen Mahnverfahrens, die unterschiedlichen Vollstreckungsmittel); Kostenfragen, Kostenrisiko; die unterschiedlichen Vollstreckungsmöglichkeiten (Vollstreckung in das bewegliche und in das unbewegliche Vermögen)
- Sonstige Vollstreckungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Die Forderung im Insolvenzverfahren

Zielgruppe: Beschäftigte von Vollstreckungsbehörden, Fachämtern und Eigenbetrieben, die mit der Festsetzung, Geltendmachung und Vollstreckung privatrechtlicher Forderungen befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte werden gestellt

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass. jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Die Vermögensauskunft des:der Schuldner:in in der Zwangsvollstreckung - aktuelle Neuregelungen zum Offenbarungsverfahren und zum Schuldnerverzeichnis

Spezialseminar

29.04.2024 (Berlin)
11.09.2024 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB221>

Code: VLB221 * 270,00 Euro
Code: VLB221 * 270,00 Euro

Die Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners nach § 284 AO und §§ 802c ff. ZPO ist das geeignete Mittel, um Kenntnisse über pfändbare Forderungen und Sachen zu erlangen und um auf den:die Schuldner:in legitimen Zahlungsdruck auszuüben. Seit 01.01.2013 ist das Verfahren zur Vermögensauskunft und Abnahme der eidesstattlichen Versicherung in der Zwangsvollstreckung nach §§ 802c ff. ZPO und nach § 284 AO grundlegend neu geregelt worden. Zum Januar 2018 wurden Detailfragen durch den Gesetzgeber weiter korrigiert. Mit der gesetzlichen Neukonzeption seit 2013 ist die Vermögensauskunft auch bei der Verwaltungsvollstreckung unmittelbar den Vollstreckungsbehörden übertragen. Im Seminar werden die grundlegenden Regelungen des § 802c ZPO und zum zentralen elektronischen Vermögensverzeichnis eingehend dargestellt und die rechtlichen, organisatorischen und praktischen Kenntnisse zur selbstständigen Durchführung des Verfahrens vermittelt. Ebenfalls werden die Voraussetzungen der sogenannten Offenbarungspflicht, der Umfang der Vermögensauskunft, Einsicht und Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis und zahlreiche Fragen des praktischen Verfahrens erläutert.

Schwerpunkte:

- Voraussetzungen der Vermögensauskunft nach § 802c und § 807 ZPO
- Handlungsalternativen für Vollstreckungsbehörden, Androhung der Eintragung in das Schuldnerverzeichnis
- Verfahrensgang: verpflichtete Personen; Inhalt des Vermögensverzeichnisses
- Erzwingung der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung
- Rechtsschutz des:der Schuldner:in
- Altes dezentrales und neues elektronisches Schuldnerverzeichnis
- Eintragungsanordnung und Verhinderung der Eintragung durch den:die Schuldner:in

Zielgruppe: Beschäftigte der kommunalen Vollstreckungsbehörden, die bereits jetzt oder künftig mit der Abnahme von Vermögensoffenbarungen betraut sind/sein werden

Mitzubringende Arbeitsmittel: Zivilprozessordnung

Dozent: Herr Prof. Ulrich Keller, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Beachten Sie bitte auch die folgenden Online-Seminare:

Die Vollstreckung in den Nachlass und gegen Erben (*Neu*)

Online-Seminar

05.09.2024
09.04.2025
10.09.2025

<https://www.kbw.de/-WEVLB245>

Code: WEVLB245 * 250,00 Euro
Code: WEVLB245 * 250,00 Euro
Code: WEVLB245 * 250,00 Euro

Altersvorsorge in Zwangsvollstreckung und Insolvenz

Online-Seminar

21.05.2024

<https://www.kbw.de/-WEVLB293>

Code: WEVLB293 * 200,00 Euro

Aktuelle Probleme bei der Pfändung von Girokonten und anderen Forderungen gegen Banken und Kreditinstitute (Reform des Kontopfändungsschutzes)

Spezialseminar

08.10.2024 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB290>

Code: VLB290 * 270,00 Euro

Neben der Pfändung von Arbeitseinkommen hat die Pfändung des Girokontos immer größere Bedeutung, weil sie dem Gläubiger aussichtsreicher die Befriedigung seiner Forderungen sichert. Dagegen steht das Interesse des Schuldners an der Sicherung seines Existenzminimums. Die rechtlichen und praktischen Schwierigkeiten und Probleme der Kontenpfändung werden von Gläubigern und von Kreditinstituten oft nicht sorgfältig genug behandelt. Dem Gläubiger entgeht daher Geld! Im Seminar werden die Grundlagen der Pfändung von Kontoguthaben in ihrer Vielgestaltigkeit sowie insbesondere die Regelungen des Kontenschutzes nach § 850k ZPO umfassend dargestellt. Darüber hinaus wird erläutert, auf welche Weise ein effektiver Zugriff auf das Konto möglich ist, welche Anträge gestellt werden können, um den „Standardzugriff“ zu erweitern, und wie Probleme umgangen werden können. Eingehend werden die seit 01.12.2021 geltenden Regelungen zur Kontenpfändung nach den §§ 899 ff. ZPO behandelt.

Schwerpunkte:

- Die gegenseitigen Ansprüche aus dem Girovertrag: Pfändung des gegenwärtigen Saldos; Pfändung künftiger Saldi; Pfändung von Nebenrechten
- Anforderungen an den Pfändungsbeschluss, Inhalt des Beschlusses bezüglich der Auskunfts- und Herausgabepflichten des Schuldners
- Stellung des kontoführenden Kreditinstituts: Auskunftspflicht nach § 840 ZPO; Überwachung des Kontos; Gebührenregelungen
- Sonderfälle beim Girokonto: debitorisch geführtes Konto; Und/Oder-Konto

- Nutzung der Kreditlinie des Schuldners durch den Gläubiger (aktuelle Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs)
- Kontenschutz nach §§ 899 ZPO
- Berücksichtigung von Sozialleistungen
- Pfändung sonstiger Konten: Sparkonto; Wertpapierdepots

Zielgruppe: Beschäftigte von Kommunen, die mit der Vollstreckung betraut sind; ebenso Beschäftigte sonstiger Vollstreckungsbehörden; Beschäftigte von Kreditinstituten oder Versicherungen, die mit der Bearbeitung von Kontenpfändungen betraut sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, ZPO, AO, InsO

Dozent: Herr Prof. Ulrich Keller, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Die Praxis der Lohnpfändung für Arbeitgeber, Schuldner:innen und Gläubiger:innen

Spezialseminar

25.11. - 26.11.2024 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-PEA645>

Code: PEA645 * 395,00 Euro

Ziel des Seminar ist, die Teilnehmenden u. a. über die aktuellen Rechtsprechungen des Insolvenzrechtes sowie über die Pfändbarkeit bestimmter Zeitzuschläge und die Berechnung des pfändbaren Betrages bei teilweiser Berücksichtigung von unterhaltsberechtigten Personen zu informieren. Sie erfahren von vielen Möglichkeiten, durch Ausschöpfung der gesetzlichen Vorgaben Einfluss auf die Höhe des pfändbaren Betrages zu nehmen. Konkrete Fragen und Problemfälle können bis zwei Wochen vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. eingereicht werden.

Schwerpunkte:

- Unpfändbare Teile des Arbeitseinkommens (Zeitzuschläge, Corona-Zulagen, Riesterrente, Entgeltumwandlung)
- Berechnung der pfändbaren Beträge bei Sonderfällen (Zusammenrechnung, Nachzahlungen, Vorschüsse, Lohnsteuerjahresausgleich, Abfindung, Urlaubsabgeltung)
- Berücksichtigung unterhaltsberechtigter Personen mit teilweiser Nichtberücksichtigung nach § 850 c Abs. 6 ZPO
- Drittschuldnererklärung gem. § 840 ZPO
- Besonderheiten der Vorpfändung gem. § 845 ZPO
- Abtretung gem. §§ 398 - 413 BGB und Rangfolge beim Zusammentreffen von Pfändungen und Abtretung
- Aufrechnung gem. §§ 387 ff BGB und Zusammentreffen mit Pfändungen und Abtretungen
- Unterhaltspfändung gem. § 850 d ZPO und Zusammentreffen von Unterhaltspfändungen mit anderen Forderungen
- Drittschuldner:innen im Verbraucherinsolvenzverfahren - Restschuldbefreiung und Konkurrenz mit anderen Forderungen
- Pfändungsschutz für den:die Schuldner:in (Erhöhung des unpfändbaren Betrages nach § 850 f Abs. 1 ZPO, Vollstreckungsabwehrklage und Vollstreckungserinnerung)
- Lukrative Lohnpfändung aus Gläubigersicht und Umsetzung durch den:die Drittschuldner:in (Steuerklassenwahl, verschleiertes Arbeitseinkommen, Deliktsforderungen u. a.)
- Stellung des Arbeitgebers / Pflichten und Haftungsrisiken / Hinterlegung / Drittschuldnerschutz und praktische Bearbeitung einer Pfändung durch den:die Drittschuldner:in

Zielgruppe: Beschäftigte und Führungskräfte des Personalbereichs, die mit der Lohnabrechnung betraut sind; Beratungsstellen (z. B. Betreuer:innen, Schuldnerberater:innen, Wirtschafts- und Sozialberater:innen) und Vollstreckungsbehörden, die mit der Lohnpfändung befasst sind; sonstige Interessierte. Grundkenntnisse des Vollstreckungsrechts werden empfohlen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Taschenrechner, ZPO, BGB, InsO

Dozentin: Frau Christine Kalmeier, Sachbearbeiterin im Fachbereich Pfändung und Abtretung

Beachten Sie bitte das folgende Online-Seminar:

Lohnpfändung - Berechnung und Arbeitgeberpflichten (*Neu*)

Online-Seminar

05.09.2024

26.02.2025

<https://www.kbw.de/-WEPEA641>

Code: WEPEA641 * 250,00 Euro

Code: WEPEA641 * 250,00 Euro

Die Vollstreckung in das Grundbuch und in das unbewegliche Vermögen - von der Pfändung einer Grundschuld über die Sicherungshypothek bis zur Zwangsversteigerung

Spezialseminar

11.07. - 12.07.2024 (Berlin)
 12.12. - 13.12.2024 (online)
 08.05. - 09.05.2025 (Berlin)
 11.12. - 12.12.2025 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB240>

Code: VLB240 * 395,00 Euro
 Code: VLB240 * 395,00 Euro
 Code: VLB240 * 395,00 Euro
 Code: VLB240 * 395,00 Euro

Häufig besteht eine große Unsicherheit, in welchem Umfang die Vollstreckungsbehörde bei Zwangsversteigerungsverfahren tätig werden kann und muss. Ein eher passives Warten, wie die jeweiligen Verfahren abgeschlossen werden, kann z. T. gravierende Forderungsausfälle zur Folge haben. Im Seminar werden die Grundstrukturen der Verfahren dargestellt, wobei besonderer Wert darauf gelegt wird, wann und in welchem Verfahrensstadium ein Eingreifen bzw. ein Agieren der Vollstreckungsbehörde angebracht oder sogar zwingend erforderlich ist. Häufig sind auch Verhandlungen mit Dritten notwendig, die in ihrer Funktion als Banken oder Rechtsanwälte/Zwangsverwalter nahezu ausschließlich mit diesen Materien befasst sind. Den Teilnehmenden wird die notwendige Sicherheit vermittelt, damit den Interessen der öffentlichen Hand ausreichend Rechnung getragen werden kann. Anträge, Muster und Formulierungshilfen werden ausführlich behandelt.

Schwerpunkte:

- Erläuterung der unterschiedlichen Vollstreckungsmaßnahmen, Standortbestimmung
- Zwangshypothek, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung: Ablauf der verschiedenen Verfahren; Anträge, Anmeldungen; Beitritt und Zuschlag in der Zwangsversteigerung; Behandlung der öffentlichen Lasten; Formulierungshilfen und Muster
- Besonderheiten aufgrund des Verhaltens des/der Schuldner:in oder Dritter
- Vollstreckung in Grundpfandrechte (Grundschuld, Hypothek)
- Pfändung des Eigentumsverschaffungsanspruchs bzw. des Kaufpreisanspruchs
- Miterbenanteil und unbewegliches Vermögen
- Übersichten, Muster, Vordrucke, Checklisten

Zielgruppe: Bedienstete von Vollstreckungsbehörden, die sich fundierte Kenntnisse aneignen wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte werden gestellt

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass. jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Beachten Sie bitte auch das folgende Online-Seminar:

Die neue Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung - die neuen Formulare bei der Vollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen richtig anwenden (*Neu*)

Online-Seminar

17.07.2024
 21.08.2024

<https://www.kbw.de/-WEVLB031>

Code: WEVLB031 * 250,00 Euro
 Code: WEVLB031 * 250,00 Euro

Zwangsvollstreckung in der praktischen Umsetzung für Vollstreckungs-/Vollziehungsbeamte

Fachseminar

23.05. - 24.05.2024 (Berlin)
 07.11. - 08.11.2024 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB283>

Code: VLB283 * 395,00 Euro
 Code: VLB283 * 395,00 Euro

Im Seminar werden, unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung und sonstiger Entwicklungen der Lebenswirklichkeit, umfassende Kenntnisse und wertvolle praktische Hinweise im Bereich der Zwangsvollstreckung für Vollstreckungs-/Vollziehungsbeamte:innen vermittelt.

Schwerpunkte:

- Durchführung des Vollstreckungsaufendienstes, insbesondere Möglichkeiten der gütlichen Erledigung
- Pfändung in das bewegliche Vermögen
- Versteigerung der gepfändeten Sachen
- Abnahme von Vermögensauskünften
- Vermittlung von Gesprächsführungskompetenzen

Zielgruppe: Beschäftigte im Vollstreckungsaufendienst der Kommunen, Fachämter, Zweckverbände, Krankenkassen

Dozent: Herr Martin Graetz, Obergerichtsvollzieher

Beachten Sie bitte das folgende Online-Seminar:

Vollstreckung im Außen- und Innendienst effektiv gestalten (*Neu*)	
Online-Seminar	https://www.kbw.de/-WEVLB032
20.06.2024	Code: WEVLB032 * 250,00 Euro
13.11.2024	Code: WEVLB032 * 250,00 Euro
05.06.2025	Code: WEVLB032 * 250,00 Euro
05.11.2025	Code: WEVLB032 * 250,00 Euro

Die erfolgreiche Kfz-Pfändung (*Neu*)	
Workshop	https://www.kbw.de/-VLB031
18.09.2024 (Berlin)	Code: VLB031 * 270,00 Euro
17.09.2025 (Berlin)	Code: VLB031 * 270,00 Euro

Ziel des Seminars ist, den Teilnehmenden neben der erforderlichen Rechtssicherheit im Bereich der Kfz-Pfändung insbesondere auch zahlreiche praktische Hinweise und Erfahrungswerte, strategische Vorgehensweisen - u. a. auch durch simulierte Szenarien - zu vermitteln. Oftmals werden durchgeführte Kfz-Pfändungen wieder aufgehoben, weil Dritte behaupten, Eigentumsrechte an dem Fahrzeug zu haben. In vielen Fällen können diese Interventionen erfolgreich zurückgewiesen werden. Bereichernd und empfohlen ist ein stetiger gegenseitiger Erfahrungsaustausch.

Schwerpunkte:

- Einsatz von Ventilwächtern (Abschleppen/Verwahrung/Kosten)
- Eigentumsbehauptungen Dritter
- Versuch der Vermögensverschleierung durch Scheinhalterschaften
- Simulierte Situationen bei persönlichen Vorsprachen
- Aufdecken von widersprüchlichen Angaben, Recherchemöglichkeiten, strategisches Vorgehen
- Rechtsstellung der Vollstreckungsbehörde/Kasse im gerichtlichen Verfahren
- Versteigerung oder anderweitige Verwertung der Fahrzeuge

Zielgruppe: Erfahrene und neue Beschäftigte, die im Bereich der Kasse und/oder Vollstreckung (Innen- und Außendienst) tätig sind und ihren Handlungsspielraum nutzen bzw. ausbauen wollen. Insbesondere auch für Führungskräfte geeignet, die in Entscheidungsprozesse eingebunden sind und ihre Beschäftigten dabei motivierend unterstützen wollen.

Dozent: Herr Martin Perleberg, Sachgebietsleiter der Universalvollstreckung

Stundung, Erlass und Niederschlagung von öffentlich-rechtlichen Forderungen	
Spezialseminar	https://www.kbw.de/-HKB060N
10.07.2024 (Berlin)	Code: HKB060N * 270,00 Euro
16.10.2024 (Berlin)	Code: HKB060N * 270,00 Euro
07.05.2025 (Berlin)	Code: HKB060N * 270,00 Euro
15.10.2025 (Berlin)	Code: HKB060N * 270,00 Euro

Alle bestandskräftig festgesetzten öffentlich-rechtlichen Forderungen können gestundet werden. Die dafür notwendige Prüfung der Voraussetzungen (erhebliche Härte und Nichtgefährdung des Anspruchs) sowie das Verwaltungsverfahren werden im Seminar intensiv erarbeitet. Gleichermäßen ausführlich wird auf die Voraussetzungen und das Verfahren der (befristeten und unbefristeten) Niederschlagung sowie des Erlasses von öffentlich-rechtlichen Forderungen eingegangen.

Schwerpunkte:

- **Stundung:** Wesen und Voraussetzungen der Stundung; Gegenstand der Stundung; erhebliche Härte, sachliche und persönliche Stundungsgründe; Anspruchsgefährdung, Sicherheitsleistung; Folgen einer Stundung; Stundungszinsen
- **Erlass:** Gegenstand des Erlasses; Unbilligkeit, sachliche und persönliche Billigkeitsgründe; Wirkung des Erlasses; Erlass von Nebenleistungen
- **Niederschlagung:** Voraussetzungen, Zuständigkeit, Verfahren; befristete und unbefristete Niederschlagung

Zielgruppe: Beschäftigte der Kassen und/oder der Fachämter, die Gläubigerfunktion haben und Entscheidungen vorbereiten bzw. treffen müssen

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass.jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Stundung, Erlass und Niederschlagung	
Spezialseminar	https://www.kbw.de/-HKB061
12.06.2024 (Berlin)	Code: HKB061 * 270,00 Euro
05.11.2024 (online)	Code: HKB061 * 270,00 Euro
19.06.2025 (Berlin)	Code: HKB061 * 270,00 Euro
03.12.2025 (online)	Code: HKB061 * 270,00 Euro

Viele Bundesvorschriften und Landesgesetze verweisen auf § 59 BHO und die vergleichbaren Regelungen in den Landshaushaltsverordnungen. Zudem sind die Regelungen selbst mit umfangreichen Verwaltungsvorschriften versehen. Trotzdem bereitet die Anwendung der Norm immer wieder große Schwierigkeiten in der Haushaltspraxis und im Forderungsmanagement. Im Seminar werden die Tatbestandsvoraussetzungen erarbeitet, unter denen Stundung, Erlass und Niederschlagung haushaltsfest möglich sind. Zudem werden aktuelle Beispiele aus der Rechtsprechung sowie die Schnittstellen zu Zwangsvollstreckung und Insolvenz erörtert. Der Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmenden ist ausdrücklich erwünscht.

Schwerpunkte:

- § 59 BHO und seine Stellung innerhalb der BHO und des Haushaltsplans
- Betroffene Forderungen
- Die Stundung von Ansprüchen: zum Merkmal der "erheblichen Härte", zur angemessenen Verzinsung und zur Sicherheitsleistung nach § 59 Abs. 1 Nr. 1
- Die Niederschlagung: Erfolgsaussichten der Einziehung
- Der Erlass: das Merkmal der "besonderen Härte"
- Rechtsprechung zu § 59 BHO

Zielgruppe: Beschäftigte, die mit dem Forderungsmanagement befasst sind. Grundkenntnisse im Einzug von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen sollten vorhanden sein.

Dozent: Herr Mirko Jachmann, Rechtsanwalt

Verjährung und Verwirkung kommunaler Geldforderungen - Fristen, Beginn, Hemmung, Neubeginn, Wirkung

Fachseminar

09.07.2024 (Berlin)
15.10.2024 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-HKB060P>

Code: HKB060P * 270,00 Euro

Code: HKB060P * 270,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, die jeweiligen Voraussetzungen der Verjährung je nach Rechtsgrundlage darzustellen, ihre Auswirkungen zu beleuchten und die Möglichkeiten aufzuzeigen, den Eintritt von Verjährung und Verwirkung von Ansprüchen zu verhindern. Dies geschieht anhand von Fallbeispielen aus der aktuellen Rechtsprechung. Kommunale Geldforderungen können sowohl auf öffentlichem als auch auf privatem Recht beruhen. Sowohl die Verjährung als auch die Verwirkung dieser Ansprüche haben zur Folge, dass sie nicht mehr durchsetzbar sind. Allerdings ist die Verjährung von Geldforderungen im Zivilrecht gänzlich anders geregelt als im Abgabenrecht oder im Ordnungswidrigkeitenrecht. Die Verwirkung von Ansprüchen ist dagegen gesetzlich gar nicht geregelt, sondern Ausfluss der Rechtsprechung und aus dem Grundsatz des Vertrauensschutzes des § 242 BGB (Treu und Glauben) abgeleitet. Der Ablauf von Ausschlussfristen führt sogar gänzlich zur Rechtsvernichtung. Fragestellungen können vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. eingereicht werden.

Schwerpunkte:

- Verjährung privatrechtlicher Geldforderungen (Fristen, Hemmung, Neubeginn, Wirkung), Ausschlussfristen, Verwirkung von Ansprüchen
- Festsetzungs- und Zahlungsverjährung im Abgabenrecht (Hemmung, Unterbrechung, Wirkung)
- Vollstreckungsverjährung im Ordnungswidrigkeitenrecht
- Verjährung im Sozialrecht (insbesondere Rückforderungsansprüche nach SGB)
- Verwirkung von Ansprüchen im öffentlichen Recht
- Insolvenzverfahren und Verjährung

Zielgruppe: Beschäftigte der öffentlichen Verwaltungen, die mit der Durchsetzung kommunaler Geldforderungen befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: §§ 194 - 218 BGB (Abschnitt 5 Verjährung); §§ 228 - 232 AO; §§ 34, 107 OWiG; § 45 SGB I; §§ 50, 52 SGB X

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass.jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Gemeindekasse/Stadtkasse - Einführung in die Aufgaben und Organisation (*Neu*)

Fachseminar

21.11.2024 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-HKB019>

Code: HKB019 * 270,00 Euro

Die Aufgabenkomplexität und Verantwortung in einer Gemeinde- oder Stadtkasse stellt die Mitarbeitenden vor große Herausforderungen. Ziel des Seminars ist es, diese Vielschichtigkeit in den Stadt- und Gemeindekassen darzustellen, damit die Aufgaben termingenaу, rechtssicher und organisiert ausgeführt werden können. Hierzu werden die Abläufe, Organisation und Prozesse in der Verwaltung dargestellt sowie praktische Umsetzungstipps im Bereich Zahlungsverkehr, E-Payment und effektives Forderungsmanagement (Zwangsvollstreckung, Zwangsversteigerung, Insolvenz, Niederschlagung von Forderungen) gegeben.

Schwerpunkte:

- Gesetzliche Grundlagen der Kommunalkasse
- Anforderungen, Aufgaben und Befugnisse, Personalführung
- Prozessuale Verankerung in der Verwaltung
- Moderne Zahldienste - E-Payment
- Effektives Forderungsmanagement
- Zwangsvollstreckung, Zwangsversteigerung, Insolvenz
- Niederschlagung von Forderungen

Zielgruppe: Mitarbeitende der Gemeinde- und Stadtkassen, Neueinsteiger:innen aber auch Praktiker:innen, die vorhandenes Wissen festigen und vertiefen wollen.

Dozent: Herr Stefan Knauth, Verwaltungsbeamter, Kassenleiter in zwei Bundesländern, Trainer und Coach im Changemanagement, Personality Profiler Coach (LINC)

Zwangsvollstreckungsrecht - die zwangsweise Durchsetzung von Auskunfts- und Unterhaltsansprüchen für Beiständ:innen

Fachseminar

23.09. - 24.09.2024 (online)

<https://www.kbw.de/~JUB048>

Code: JUB048 * 395,00 Euro

Im Rahmen der Führung einer Beistandschaft sind Zwangsvollstreckungsmaßnahmen unumgänglich, sodass die Fachkräfte über fachspezifisches Wissen verfügen müssen. Das Ziel dieses Seminars besteht in der systematischen Vermittlung von grundlegenden und umfassenden Kenntnissen der Zwangsvollstreckung. Es richtet sich an Beschäftigte der Beistandschaft, die mit der Zwangsvollstreckung befasst sind. Die Teilnehmenden erhalten auch die Gelegenheit, eigene Problemstellungen vorzutragen.

Schwerpunkte:

- Einführung in die Systematik der Zwangsvollstreckung
- Kosten der Zwangsvollstreckung vs. Prozesskostenhilfe
- Zwangsvollstreckung von Auskunfts- bzw. Unterhaltsansprüchen
- Besondere Zwangsvollstreckungsmaßnahmen
- Obliegenheiten des:der Drittschuldner:in und des Unterhaltsschuldners/der Unterhaltsschuldne:in
- Pfändungswirkung und Heilung von möglichen Mängeln
- Durchsetzung der Pfändungswirkung bei dem:der Drittschuldner:in, Drittschuldnerklage
- Überschuldung des Unterhaltspflichtigen
- Verbraucherinsolvenz und die Versagung der Restschuldbefreiung
- Strafrechtliche Relevanz der Unterhaltspflichtverletzung

Zielgruppe: Fachkräfte der Beistandschaft und Unterhaltsvorschusskassen

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, ZPO, Düsseldorfer Tabelle mit Anmerkungen, Leitlinien des jeweiligen Oberlandes- bzw. Kammergerichts, Taschenrechner (InsO, wenn vorhanden)

Dozentin: Frau Doris Plattes, Rechtsfachwirtin, Berufsbeiständin

Vollstreckung von Bußgeldbescheiden

Fachseminar

08.10.2024 (Berlin)
18.11.2025 (Berlin)

<https://www.kbw.de/~VLB268N>

Code: VLB268N * 295,00 Euro

Code: VLB268N * 295,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, in die von der Verwaltungsvollstreckung erheblich abweichende bußgeldrechtliche Vollstreckung einzuführen. Dabei werden auch die in der Vollzugspraxis immer bedeutsameren Schwierigkeiten während eines Insolvenzverfahrens des:der Schuldner:in berührt. Jobcenter und Arbeitsagenturen sind zunehmend selbst für die Vollstreckung ihrer Bußgeldbescheide zuständig. Das zusätzliche Verfahren stellt die Beschäftigten vor neue fachliche Anforderungen. Unter diesem Gesichtspunkt wird das Seminar auch für diese Zielgruppe empfohlen. Die gesetzliche Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs im Bußgeldverfahren wird im Seminar berücksichtigt.

Schwerpunkte:

- Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Verwaltungsbehörde - Vollstreckungsbehörde - Vollziehungsbehörde
- Rechtskraft als allgemeine Vollstreckungsvoraussetzung (§ 89 OWiG), Folgen von Zustellungsmängeln (§ 51 OWiG)
- Verrechnung von Teilleistungen (§ 94 OWiG)
- Zahlungserleichterungen (§§ 18, 93 OWiG)
- Unauffindbarkeit des:der Vollstreckungsschuldner:in
- Vollstreckung in EU-Mitgliedsländern und sonstigem Ausland
- Vollstreckungsmaßnahmen (Sach- und Forderungspfändung, Vermögensauskunft)
- Erzwingungshaftverfahren (§ 96 OWiG)
- Vollstreckung gegen Jugendliche und Heranwachsende (§ 98 OWiG)
- Vollstreckungsverjährung (§ 34 OWiG)
- Vollstreckung trotz Insolvenzverfahrens
- Vollstreckung gegen juristische Personen
- Vollstreckung in den Nachlass (§ 101 OWiG)
- Elektronischer Rechtsverkehr im Bußgeldverfahren

Zielgruppe: Beschäftigte aus Vollstreckungsstellen oder Kassen sämtlicher Behörden, insbesondere auch aus Jobcentern. Vorausgesetzt werden Kenntnisse der Verwaltungsvollstreckung. Das Seminar ist nicht für Vollziehungsbedienstete gedacht.

Dozent: Herr Raimund Wieser, Richter am Amtsgericht i. R.

Die meisten unserer Seminare werden auch als Online-Seminare via **Online-Zuschaltung** angeboten. Über das Format erkundigen Sie sich bitte auf unserer Internetseite www.kbw.de

Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen (Vollstreckung von Verwaltungsakten)

Spezialseminar

16.09. - 17.09.2024 (Berlin)
10.03. - 11.03.2025 (Berlin)
15.09. - 16.09.2025 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VRA080>

Code: VRA080 * 395,00 Euro
Code: VRA080 * 395,00 Euro
Code: VRA080 * 395,00 Euro

Häufig stehen insbesondere Beschäftigte von Kommunalverwaltungen bzw. kommunalen Zweckverbänden vor dem Problem, dass Bürger:innen oder Firmen amtlich erteilten Anordnungen nicht nachkommen. Oft betrifft dies Verwaltungsakte der Ordnungs-, Umwelt-, Bauordnungs-, Straßenverkehrs-, Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelämter. Die amtlichen Anordnungen können dabei ein bestimmtes Handeln der Adressat:innen bezwecken, aber auch ein Unterlassen einfordern bzw. die Duldung bestimmter behördlicher Maßnahmen. Für die Fälle, in denen Bürger:innen belastende Verwaltungsakte nicht freiwillig vollziehen, gibt es verschiedene Möglichkeiten, den Verwaltungsakt auch gegen den Willen des:der pflichtigen Bürger:in durchzusetzen. Dies sind die Mittel des Verwaltungszwangs. Im Seminar werden systematisch die Rechtsgrundlagen der Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen durch die Verwaltung vermittelt. Darauf aufbauend werden die Teilnehmenden mit dem praktischen Handwerkszeug der Verwaltungsvollstreckung von Verwaltungsakten vertraut gemacht.

Schwerpunkte:

- Verwaltungszwang und die Grundsätze des Verwaltungshandelns
- Anwendungsbereiche behördlicher Zwangsmaßnahmen
- Die einzelnen Zwangsmittel und die Voraussetzungen ihrer Anwendung, Ersatzvornahme
- Zwangsgeld, Zwangshaft, Ersatzvornahme, unmittelbarer Zwang
- Zuständige Behörde für Verwaltungszwang - unterschiedliche Fallgestaltung
- Vollstreckbarkeit des Ausgangsverwaltungsakts, insbesondere Anfechtung und Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Verfahren des Verwaltungszwangs/Formvorschriften
- Kostenerhebung
- Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Möglichkeiten für Verwaltungszwang ohne Ausgangsverwaltungsakt

Zielgruppe: Mit der zwangsweisen Durchsetzung von Verwaltungsakten beauftragte Bedienstete von Kommunalverwaltungen, insbesondere aus Ordnungsämtern, Umweltämtern, Bauordnungsämtern, Straßenverkehrsämtern, Veterinär- und Lebensmittelämtern, Gesundheitsämtern sowie weitere Kommunalbedienstete, die interessiert sind, ihre Rechtskenntnisse auf diesem Gebiet zu vervollkommen

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwVG

Dozent: Herr Hans-Ulrich Seidel, Leitender Kreisrechtsdirektor, Autor eines Buchs zum Schornsteinfegerhandwerk

Glaubhaftigkeit von Aussagen beurteilen - Möglichkeiten und Grenzen, Glaubhaftigkeitsmerkmale zu entdecken

Spezialseminar

21.05. - 22.05.2024 (Berlin)
05.11. - 06.11.2024 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-FUA291Z>

Code: FUA291Z * 395,00 Euro
Code: FUA291Z * 395,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, die verschiedenen Möglichkeiten, die Glaubhaftigkeit von Aussagen zu beurteilen, sowie die breite Palette von der Verhaltensbeobachtung bis zur Analyse des Gesprochenen aufzuzeigen. Nicht selten stehen Beschäftigte vor der Frage, ob das, was gesagt worden ist, auch den Tatsachen entspricht. Durch die Medien wird mitunter der Anschein erweckt, dass man jemandem nur tief in die Augen schauen muss, um den Wahrheitsgehalt zweifelsfrei feststellen zu können. Aber welche Botschaften verrät der Körper wirklich? Forschungen zur Kommunikation zeigen: Nonverbale Signale beeinflussen ein Gespräch zu einem weit größeren Teil als der Inhalt gesprochener Worte. Und nicht nur das: Auf die Reaktionen von Menschen, mit denen wir sprechen bzw. denen wir Fragen stellen, haben wir oft mehr Einfluss, als uns bewusst ist. Durch einfache Übungen werden die Teilnehmenden für die unbewussten Anzeichen sensibilisiert, die auf ein mögliches Konflikterleben hinweisen.

Schwerpunkte:

- Wahrheit oder Wirklichkeit? Woran wir feststellen, was tatsächlich ist
- Körpersprache wahrnehmen und interpretieren
- Körpersprachliche Anzeichen des konflikthaften Erlebens
- Macht versus Empathie? - Wie sich unsere Einstellung in unserer Körpersprache zeigt und wie sie die Reaktionen der Befragten beeinflusst
- Interpretation von Augenbewegungsmustern
- Anforderungen an die Untersuchung der Glaubhaftigkeit
- Aussageanalyse

Zielgruppe: Beschäftigte mit Kundenkontakten, z. B. von Ordnungsbehörden, Vollstreckungsbehörden und andere Beschäftigte im Außendienst; sonstige Interessierte, z. B. Prüfer:innen, Betreuer:innen, Berater:innen

Dozent: Herr Uwe Ruffer, Dipl.-Kriminalist, Verhaltenstrainer

Das Insolvenzverfahren

Systematische Einführung in das Regelinsolvenzverfahren

Fachseminar	https://www.kbw.de/-VLB025A
21.05.2024 (Berlin)	Code: VLB025A * 270,00 Euro
17.12.2024 (online)	Code: VLB025A * 270,00 Euro
20.05.2025 (Berlin)	Code: VLB025A * 270,00 Euro
16.12.2025 (online)	Code: VLB025A * 270,00 Euro

Das Thema Unternehmensinsolvenzen ist nach wie vor aktuell. Von Forderungsausfällen sind regelmäßig auch Kommunen und Länder betroffen. Das Seminar wendet sich an Behördenmitarbeiter:innen ohne Vorkenntnisse, aber auch an Beschäftigte, die bereits über Erfahrungen bei der Bearbeitung von Verfahren mit insolventen Schuldner:innen verfügen. Ausführlich wird der Ablauf eines Regelinsolvenzverfahrens besprochen. Eingegangen wird auch auf die Mitwirkungsrechte der Gläubiger:innen im Regelinsolvenzverfahren sowie auf Vollstreckungsmöglichkeiten für die Behörden aufgrund von sogenannten Neuschulden während des Verfahrens. Die aktuelle Rechtsprechung zu den jeweiligen Schwerpunkten wird detailliert erläutert. Probleme und Fragen der Teilnehmenden werden ausführlich im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs behandelt.

Schwerpunkte:

- Unternehmen in Krise und Insolvenz
- Beantragung durch den:die Gläubiger:in oder Eigenantrag
- Sicherungsmaßnahmen des Gerichts vor Eröffnung; Nichteröffnungsgründe
- Forderungsanmeldung im eröffneten Verfahren
- Öffentlich-rechtliche Forderungen in der Insolvenz
- Massekosten, Masseschulden
- Absonderung, Aussonderung
- Abwicklung von Verträgen im eröffneten Insolvenzverfahren
- Grundzüge der Insolvenzanfechtung
- Mitspracherechte der Gläubiger:innen im Gläubigerausschuss und der Gläubigerversammlung
- Beteiligung an Insolvenzplänen im Rahmen von Sanierung oder übertragender Sanierung

Zielgruppe: Beschäftigte der Verwaltung, die Forderungen der öffentlichen Hand betreiben; Jugendämter, Sozialämter, Wirtschafts- und Rechnungsprüfungsämter; weitere Interessierte. Vorkenntnisse im Insolvenzrecht sind nicht erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO in der aktuellen Fassung

Dozent: Herr Mirko Jachmann, Rechtsanwalt

Systematische Einführung in die Insolvenzordnung

Einführungsseminar	https://www.kbw.de/-VLB027
28.08.2024 (Frankfurt am Main)	Code: VLB027 * 295,00 Euro

In diesem Seminar wird ein Überblick über die Insolvenzordnung vermittelt. Methodisch wechseln sich Vortrag, Diskussion und Fallbeispiele ab. Die Teilnehmenden werden in die Lage versetzt, das Insolvenzverfahren (Regel- und Verbraucherinsolvenz) dem zeitlichen Ablauf entsprechend einzuordnen, und lernen einige wesentliche Bestandteile wichtiger Verfahrensstände kennen. Auswirkungen für die Kommunalverwaltungen, insbesondere das Verhalten der Kasse (Zahlungsabwicklung) zur Durchsetzung von Ansprüchen mittels Forderungsanmeldung, aber auch im Hinblick auf Bescheiderlass sind ebenfalls Bestandteil dieses Seminars.

Schwerpunkte:

- Ablauf Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren
- Forderungsarten und Gläubigerarten im Insolvenzverfahren
- Wirkung des Eröffnungsbeschlusses
- Kurzüberblick Vollstreckungsverbot im Verfahren sowie in der Wohlverhaltensphase
- Restschuldbefreiungsverfahren
- Auswirkungen des Verfahrens auf die Kommunalverwaltungen

Zielgruppe: Beschäftigte im Bereich der Kasse (Zahlungsabwicklung) sowie im Bereich der Verwaltungszwangsvollstreckung (Vollstreckungsbehörde); sonstige Interessierte am Insolvenzverfahren. Vorkenntnisse sind wünschenswert, jedoch nicht zwingend Voraussetzung.

Mitzubringendes Arbeitsmittel: Aktuelle InsO

Dozent: Herr Eric Hornickel, Kassenverwalter und Leiter der Vollstreckungsbehörde einer Finanzservicestelle

Systematische Einführung in die Restschuldbefreiung und Verbraucherinsolvenz - Ablauf, Verfahren, Intervention

Fachseminar

22.05.2024 (Berlin)
18.12.2024 (online)
21.05.2025 (Berlin)
17.12.2025 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB025B>

Code: VLB025B * 270,00 Euro
Code: VLB025B * 270,00 Euro
Code: VLB025B * 270,00 Euro
Code: VLB025B * 270,00 Euro

Die Themen Restschuldbefreiung und Verbraucherinsolvenz sind nach wie vor aktuell. Von Forderungsausfällen sind regelmäßig auch Kommunen, Landkreise und Länder betroffen. Das Seminar wendet sich an Behördenmitarbeiter:innen ohne Vorkenntnisse, aber auch an Beschäftigte, die bereits über Erfahrungen bei der Bearbeitung von Verfahren mit insolventen Schuldner:innen verfügen. Ausführlich wird auf den Ablauf des Verfahrens bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung eingegangen. Besprochen werden auch die Zwangsvollstreckung im laufenden Eröffnungsverfahren, die Mitwirkungsrechte der Gläubiger:innen im Verbraucherinsolvenzverfahren und in der sogenannten Wohlverhaltensperiode sowie Vollstreckungsmöglichkeiten für die Behörde aufgrund von sogenannten Neuschulden während des Verfahrens. Die Möglichkeiten der Versagung der Restschuldbefreiung bei Unredlichkeit des:der Schuldner:in sind weitere Schwerpunkte des Seminars. Auf die aktuelle Rechtsprechung wird detailliert eingegangen. Probleme und Fragen der Teilnehmenden werden ausführlich im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs behandelt.

Schwerpunkte:

- Verhalten des:der Gläubiger:in in der außergerichtlichen Schuldenbereinigung
- Eigenantrag des:der Schuldner:in und Stundung der Verfahrenskosten
- Gerichtliche Schuldenbereinigung
- Verbraucherinsolvenzverfahren und vereinfachtes Insolvenzverfahren mit Forderungsanmeldung
- Wohlverhaltensperiode; Versagung der Restschuldbefreiung
- Forderungen, die nicht an der Restschuldbefreiung teilnehmen (Bußgelder, Unterhalt)
- Vollstreckungsmöglichkeiten für Unterhalt trotz laufender Insolvenz

Zielgruppe: Beschäftigte der Verwaltung, die Forderungen der öffentlichen Hand betreiben (u. a. von Jugendämtern, Sozialämtern, Wirtschafts- und Rechnungsprüfungsämtern); weitere Interessierte. Vorkenntnisse im Insolvenzrecht sind nicht erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO in der aktuellen Fassung

Dozent: Herr Mirko Jachmann, Rechtsanwalt

Die Insolvenzordnung - Gesetzgebung und Rechtsprechung, Vorgaben, Empfehlungen

Spezialseminar

25.04. - 26.04.2024 (Berlin)
26.09. - 27.09.2024 (Berlin)
05.03. - 06.03.2025 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB050>

Code: VLB050 * 395,00 Euro
Code: VLB050 * 395,00 Euro
Code: VLB050 * 395,00 Euro

Die Insolvenzordnung regelt die Förderung der Sanierung, die Stärkung der Gläubigerautonomie und eine gerechte Verteilung der Insolvenzmasse. Daneben soll dem:der Schuldner:in Gelegenheit gegeben werden, sich von seinen restlichen Schulden zu befreien. Dieses Spannungsverhältnis lässt einige Regelungen der Insolvenzordnung auf den ersten Blick als unverständlich erscheinen. Ziel des Seminars ist es, die Regelungsbereiche der Insolvenzordnung vorzustellen. Die einschlägige Rechtsprechung, Leit- und Richtlinien sowie Gläubiger:innen betreffende Regelungen werden eingehend dargestellt, damit Forderungsausfälle vermieden werden können und vor bzw. während eines Insolvenzverfahrens möglichst effizient und taktisch richtig vorgegangen werden kann. Es besteht Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion.

Schwerpunkte:

- Grundzüge der InsO: Verfahrensbeteiligte; Eröffnungsgründe; Rechte im Verfahren; Verteilung der Masse; Insolvenzplan und Sanierung in der Insolvenz; Restschuldbefreiung
- Besondere Verfahren: Verbraucherinsolvenzverfahren; sonstige Kleinverfahren; Insolvenzverfahren über besondere Vermögensmassen
- Steuern und sonstige kommunale Geldforderungen im Insolvenzverfahren: Verhalten im Insolvenzverfahren; Absonderungsrechte; nachrangige Forderungen; Masseverbindlichkeiten; neue Forderungen; Bußgelder; Unterhaltsforderungen
- Insolvenzanfechtung und Rückschlagsperre
- Das Bestreiten von Forderungen
- Internationales Insolvenzrecht im Überblick
- Anträge, Muster, Vordrucke

Zielgruppe: Beschäftigte kommunaler Behörden, von Krankenhäusern, Krankenkassen, Eigenbetrieben und Tochterunternehmen, die mit der Geltendmachung von Forderungen im Insolvenzverfahren befasst sind; Prüfungsämter und Revisionsabteilungen; sonstige Interessierte

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte werden gestellt

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass. jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht**Spezialseminar**05.06.2024 (online)
18.06.2025 (online)<https://www.kbw.de/-VLB050Z>Code: VLB050Z * 270,00 Euro
Code: VLB050Z * 270,00 Euro

Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat entscheidenden Einfluss auf die Praxis des Insolvenzverfahrens. Für Außenstehende sind die Neuerungen kaum zu überschauen. Im Seminar werden wesentliche aktuelle Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zu den nachfolgenden Schwerpunkten vorgestellt. Daneben wird ein Überblick über das Verfahren der Forderungsanmeldung und Feststellung gegeben. Eine Vermittlung von Grundlagen des Insolvenzrechts kann in diesem Rahmen nicht erfolgen.

Schwerpunkte:

- Neuere Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zur Insolvenzanfechtung, Aus- und Absonderung, Verbraucherinsolvenzverfahren, Versagung der Restschuldbefreiung
- Wichtige aktuelle Entwicklungen
- Überblick: Forderungsanmeldung und -feststellung nach §§ 174 ff. InsO

Zielgruppe: Beschäftigte kommunaler Behörden, von Krankenhäusern, Krankenkassen, Eigenbetrieben und Tochterunternehmen, die mit der Geltendmachung von Forderungen im Insolvenzverfahren befasst sind; Prüfungsbehörden; Beschäftigte von Rechtsämtern; sonstige Interessierte. Sichere Kenntnisse des Insolvenzrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO, BGB

Dozent: Herr Mirko Jachmann, Rechtsanwalt

Insolvenzantragstellung - weshalb, wie und mit welchen Folgen (*Neu*)**Fachseminar**

25.12.2024 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB029>

Code: VLB029 * 270,00 Euro

Das Seminar erläutert die wesentlichen Vorteile einer Insolvenzantragstellung für Gläubiger. Begonnen wird mit den Anforderungen an die Insolvenzantragstellung und dem Ablauf des Insolvenzeröffnungsverfahrens. Vollstreckungsmöglichkeiten und -einschränkungen werden dargestellt. Sodann folgt mit dem Abschnitt "Eröffnetes Verfahren" eine Schwerpunktsetzung auf die verschiedenen Formen der Forderungsanmeldung und der Beteiligung von Gläubigern am Insolvenzverfahren.

Schwerpunkte:

- Insolvenzantragstellung - wann, wo und wie (richtig)?
- Ablauf des Insolvenzeröffnungsverfahrens
- Beteiligungsmöglichkeiten für Gläubiger im Eröffnungsverfahren - Auswahl des Insolvenzverwalters/der Insolvenzverwalterin
- Sicherungsmaßnahmen und Vollstreckungseinschränkungen
- Ablauf des eröffneten Insolvenzverfahrens
- Forderungsanmeldungen - die verschiedenen Formen: Insolvenzgläubiger, Absonderungsberechtigte, Forderungen aus vorsätzlich unerlaubter Handlung, Neugläubiger
- Kontrollmöglichkeiten der Tätigkeit des Insolvenzverwalters/der Insolvenzverwalterin
- Kompetenzen von Gläubigerausschuss und Gläubigerversammlung
- Quotenerwartungen und Quotenerhöhungen

Zielgruppe: Sämtliche mögliche Gläubigergruppen, Vertreter:innen von Gläubigern, Vollstreckungsabteilungsmitarbeiter:innen

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO

Dozent: Herr Frank Frind, Richter am Amtsgericht (Insolvenzgericht), Vorstandsmitglied des Bundesarbeitskreises Insolvenzgerichte

Kommunale Ansprüche im Insolvenzverfahren**Spezialseminar**30.04.2024 (Berlin)
19.11.2024 (Berlin)<https://www.kbw.de/-VLB045>Code: VLB045 * 270,00 Euro
Code: VLB045 * 270,00 Euro

Zahlungsunfähigkeit und Insolvenz betreffen immer mehr auch Kommunen als Gläubigerin. Sowohl bei kommunalen Abgaben als auch bei Bußgeldern und sonstigen Forderungen drohen den Kommunen wegen der Insolvenz der Schuldner Ausfälle. In dem Seminar werden die Grundzüge des Insolvenzrechts vermittelt sowie Wege aufgezeigt, kommunale Ansprüche bereits im Vorfeld einer Insolvenz sicher durchzusetzen und im Insolvenzverfahren geltend zu machen, damit Forderungsausfälle vermieden werden können. Erörtert werden insbesondere Fragen zum Rang von Bußgeldern in § 39 Abs. 1 Nr. 3 InsO und ihre Behandlung in der Restschuldbefreiung sowie Fragen der Insolvenzanfechtung bei Zahlung oder Vollstreckung vor dem Insolvenzantrag. Berücksichtigt werden auch aktuelle Entwicklungen im Insolvenzrecht, insbesondere die seit 01.01.2021 geltenden Neuregelungen zur außergerichtlichen Sanierung von Unternehmen und zum Restschuldbefreiungsverfahren.

Schwerpunkte:

- Grundzüge des Insolvenzverfahrens; kommunale Ansprüche als Insolvenzforderungen, als Masseansprüche und als sogenannte Neuforderungen
- Abgesonderte Befriedigung wegen kommunaler Ansprüche insbesondere am Grundvermögen des:der Schuldner:in
- Durchsetzung von Masseforderungen gegen den:die Insolvenzverwalter:in (Inanspruchnahme als Haftungsschuldner:in)
- Sicherung und Geltendmachung von Forderungen im Vorfeld der Insolvenz bei Gefahr späterer Insolvenzanfechtung
- Anmeldung und Feststellung von Forderungen im Insolvenzverfahren, Bestreiten durch den:die Insolvenzverwalter:in, Erlass eines Feststellungsbescheids
- Durchsetzung von Bußgeldern und ähnlichen Forderungen gegen den:die Schuldner:in trotz Insolvenz
- Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung: Wann kann dem:der Schuldner:in die Restschuldbefreiung versagt werden?; Können bestimmte Forderungen hiervon ausgenommen werden?

Zielgruppe: Beschäftigte der Vollstreckungsbehörden, die mit dem Insolvenzverfahren befasst sind. Kenntnisse auf dem Gebiet des Vollstreckungsrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO

Dozent: Herr Prof. Ulrich Keller, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Beachten Sie bitte auch die folgenden Online-Seminare:**Insolvenzrecht aus kommunaler Sicht - Grundlagen und Vertiefung**

Online-Seminar	https://www.kbw.de/-WEVLB045
16.05.2024	Code: WEVLB045 * 200,00 Euro
31.10.2024	Code: WEVLB045 * 200,00 Euro

Besonderheiten der Freiberuflerinsolvenz

Online-Seminar	https://www.kbw.de/-WEVLB045X
28.05.2024	Code: WEVLB045X * 145,00 Euro

Insolvenzanfechtung aus Gläubigersicht - Einführung in die Rechtsthematik

Online-Seminar	https://www.kbw.de/-WEVLB044
05.06.2024	Code: WEVLB044 * 200,00 Euro
12.11.2024	Code: WEVLB044 * 200,00 Euro

Abwehr unberechtigter Ansprüche des:der Insolvenzverwalter:in bei Insolvenzanfechtungen, insbesondere Vorsatzanfechtung

Fachseminar	https://www.kbw.de/-VLB041
04.12.2024 (online)	Code: VLB041 * 270,00 Euro

In dem Seminar erwerben die Teilnehmenden Sicherheit im Umgang mit Forderungsschreiben von Insolvenzverwalter:innen nach §§ 129, 133 InsO unter besonderer Berücksichtigung der Vorsatzanfechtung. Die Rechtsprechung des BGH und die sich daraus ergebenden Indizienketten werden im Hinblick auf mögliche Abwehrstrategien erläutert. Es besteht die Gelegenheit für Fragestellungen und Diskussion.

Schwerpunkte:

- Grundlagen der Insolvenzanfechtung
- Grundlagen der Rechtsprechung des BGH zur sog. Vorsatzanfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO
- Aktuelle Rechtsprechung zu anderen Anfechtungstatbeständen
- Ausblick auf mögliche Gesetzesänderungen
- Strategien zur Abwehr unberechtigter Anfechtungsansprüche; Formulierungshilfen und Argumentationsanleitungen

Zielgruppe: Kommunale Kassenverwalter:innen sowie die Beschäftigten; Finanzabteilungen, Kammereien, Beschäftigte von Finanzämtern und Krankenkassen

Dozent: Herr Frank Siebert, Rechtsanwalt, Schwerpunkt Insolvenzrecht

Entschuldungsverfahren und Restschuldbefreiung - Wissen kompakt

Spezialseminar	https://www.kbw.de/-VLB039
06.11.2024 (online)	Code: VLB039 * 200,00 Euro

Der Referent erläutert aus Sicht der Insolvenzgerichte aufgrund seiner langjährigen Praxiserfahrung und seiner Teilnahme am Gesetzgebungsprozess die ersten Praxiserfahrungen mit den neu geregelten Entschuldungsvorschriften der Insolvenzordnung und ihre Lösungen. Weiterhin werden die nach wie vor geltenden unterschiedlichen Restschuldbefreiungsregelungen je nach Antragsdatum vergleichend dargestellt, da bisheriges Recht für laufende Verfahren fort gilt.

Schwerpunkte:

- Entschuldungsvorschriften der Insolvenzordnung
- Restschuldbefreiungsregelungen

Zielgruppe: institutionalisierte Gläubiger:innen, Inkassounternehmen; Insolvenzverwalter:innen und ihre Mitarbeitende, Schuldnerberater:innen

Dozent: Herr Frank Frind, Richter am Amtsgericht (Insolvenzgericht), Vorstandsmitglied des Bundesarbeitskreises Insolvenzgerichte

Insolvenzanfechtung - Verteidigungsstrategien für öffentlich-rechtliche Gläubiger:innen

Spezialseminar
10.10.2024 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB047>
Code: VLB047 * 270,00 Euro

Das insolvenzrechtliche Anfechtungsrecht ist eines der "Hauptwerkzeuge" des:der Insolvenzverwalter:in zur Generierung von Masse. Deshalb gehört seine Kenntnis zum Pflichtprogramm jedes:der Gläubigervertreter:in. Der Gesetzgeber hat 2017 die Kernnormen des Anfechtungsrechts reformiert, das Insolvenzanfechtungsrecht bleibt weiterhin ganz maßgeblich durch die Rechtsprechung geprägt. Im Seminar dargestellt werden Vorsorge- und Verteidigungsmöglichkeiten bei der Entgegennahme von Zahlungen eventuell „notleidender“ Schuldnerunternehmen und die richtige Vorgehensweise in Vorbereitung und Führung des Anfechtungsprozesses. Eingebunden ist die aktuelle Rechtsprechung des BGH in den wichtigsten insolvenzanfechtungsrechtlichen Themenfeldern unter Einbeziehung der Reform des Jahres 2017.

Schwerpunkte:

Die wichtigsten praktischen Problemfelder im „Drei-Monats-Anfechtungszeitraum“ (§§ 130,131 InsO)

- Anfechtungsrecht in Verfahren mit EulnsVO-Bezug
- Darstellung der Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungsprozess
- Richtiges Verhalten des:der Gläubiger:in bei Ratenzahlungen
- Beweislastprobleme und Indizvermeidung bei möglicher Zahlungsunfähigkeit des:der Schuldner:in
- Zuordnung und Verantwortungsbereich für Kenntnis von anfechtungsrelevanten Indizien

Neue Tendenzen bei der Vorsatzanfechtung (§ 133 InsO)

- Verteidigungseinwand „Bargeschäft“
- Verteidigungseinwand „nicht lauter“
- Verteidigungseinwand „Sanierungsperspektive“

Die Anfechtung bei Drittzahlungen und gegenüber Dritten und Treuhänder:innen - die Wertlosigkeit von Forderungen und die Schenkungsanfechtung

- Anfechtung im Dreiecksverhältnis
- Verteidigungseinwand „Zweckbestimmung“

Zielgruppe: Vertreter institutionalisierter Gläubiger:innen (z. B. öffentliche Kassen, Sozialversicherungsträger, Finanzämter, Vermieter:innen, Energielieferanten, Krankenkassen). Grundkenntnisse im Insolvenzanfechtungsrecht werden vorausgesetzt.

Dozent: Herr Frank Frind, Richter am Amtsgericht (Insolvenzgericht), Vorstandsmitglied des Bundesarbeitskreises Insolvenzgerichte

Beachten Sie bitte das folgende Online-Seminar:

Fokus Vorsatzanfechtung - § 133 InsO

Online-Seminar
16.10.2024

<https://www.kbw.de/-WEVLB038>
Code: WEVLB038 * 200,00 Euro

Haftung nach steuerlichen und außersteuerlichen Rechtsnormen sowie Anfechtungen nach dem AnfG. Aktuelle Rechtsprechung und Besonderheiten in der Insolvenz des:der Steuerschuldner:in

Spezialseminar
25.04. - 26.04.2024 (Berlin)
14.11. - 15.11.2024 (online)

<https://www.kbw.de/-STA140A>
Code: STA140A * 395,00 Euro
Code: STA140A * 395,00 Euro

Ziel des Seminars ist die Vermittlung der nötigen Rechtskenntnis und Rechtssicherheit bei steuerlichen Haftungsfragen. Die Haftungsmöglichkeiten für die Steuerschuld eines anderen und die Anfechtungsmöglichkeiten nach dem AnfG, wenn der:die Schuldner:in sein:ihr Vermögen durch Weggabe dem Zugriff seiner:ihrer Gläubiger:innen entzieht, spielen in der Praxis eine wichtige Rolle. Dabei bereitet die Feststellung der tatbestandsrelevanten Sachverhalte erhebliche Schwierigkeiten, es kommt häufig zu Überschneidungen zwischen Steuerrecht, Zivil- und Insolvenzrecht. Anhand von Beispielen und Musterbescheiden werden im Seminar die tatbestandlichen Voraussetzungen von Haftungs- und Anfechtungsnormen vorgestellt sowie die Voraussetzungen für das Ergehen der Bescheide erörtert. Breiter Raum wird der Diskussion und der Behandlung der Fragestellungen der Teilnehmenden gewidmet. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Haftungsfragen bei der Grund- und Gewerbesteuer.

Schwerpunkte:

- Die Haftung im Steuerrecht (Zweck, Rechtsnatur und Arten der Haftung); gesetzliche und vertragliche Haftungsschuldverhältnisse
- Die Zusammenarbeit zwischen festsetzender Stelle und Vollstreckungsbehörde
- Vorstellung und Erörterung verschiedener Haftungsnormen, insbesondere Geschäftsführerhaftung nach § 69 AO
- Geltendmachung der Haftung durch Haftungsbescheid (§ 191 AO) und Klage (§ 192 AO)
- Erhebung der Haftungsschuld gemäß § 219 AO durch Zahlungsaufforderung im Haftungsbescheid

- Inanspruchnahme durch Duldungsbescheid
- Besonderheiten im Insolvenzverfahren über das Vermögen des:der Hauptschuldner:in (Rechtsstellung des:der vorläufigen Insolvenzverwalter:in mit und ohne Zustimmungsvorbehaltsrecht sowie des:der vorläufigen Sachwalter:in im Insolvenzeröffnungsverfahren der vorläufigen Eigenverwaltung nach § 270b InsO – „Schutzschirmverfahren“)
- Vorstellung und Erörterung verschiedener Aufrechnungsnormen nach dem AnfG (insbesondere § 3 Abs. 1 AnfG - vorsätzliche Gläubigerbenachteiligung, § 3 Abs. 2 AnfG - entgeltliche Verträge mit nahestehenden Personen und § 4 AnfG - unentgeltliche Leistungen)
- Opportunität, Subsidiarität, Festsetzungsverjährung, Gesamtschuldnerschaft nach § 44 AO
- Ermessensüberlegungen und Ermessensentscheidung

Zielgruppe: Beschäftigte von Kommunalverwaltungen, die mit steuerlichen bzw. allgemeinen Haftungsfragen sowie mit der Festsetzung und Beitreibung von Steuern befasst sind; Beschäftigte von Prüfungsorganen

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, HGB, AnfG, ZPO, AO, InsO

Dozentin: Frau Gudrun Schneider, Regierungsrätin a. D., ehemals Referat Abgabenordnung bei einem Landesfinanzministerium

Das Abrechnungsverfahren des Arbeitgebers bei Lohnpfändungen, Abtretungen und Aufrechnungen. Das Verhalten des Arbeitgebers im Insolvenzverfahren des:der Arbeitnehmer:in

Fachseminar	https://www.kbw.de/-PEA640
01.10.2024 (online)	Code: PEA640 * 270,00 Euro
04.06.2025 (online)	Code: PEA640 * 270,00 Euro

Der Zugriff auf Arbeitseinkommen im Wege der Zwangsvollstreckung spielt für den Gläubiger eine große Rolle. Die Erklärungspflicht und die Verpflichtung, die gepfändeten Beträge festzustellen und abzuführen, legen dem Arbeitgeber eine besondere Verantwortung auf, welche Schadenersatz- oder Regressansprüche auslösen kann. Pfändung, Abtretung und Aufrechnung bereiten in der Praxis oft Probleme. Das Ziel des Seminars besteht darin, das Verständnis und die Kenntnis für die einschlägigen Normen zu vertiefen. Die Zugriffsmöglichkeiten der Gläubiger:innen auf Forderungen aus Arbeitseinkommen werden aufgezeigt, wie auch die Möglichkeiten des:der Arbeitnehmer:in/Schuldner:in, sich gegen dieses Vorgehen zur Wehr zu setzen. Auf die Regelungen der Insolvenzordnung bei Pfändung, Abtretung und Aufrechnung wird ausführlich eingegangen.

Schwerpunkte:

- Die Stellung des Arbeitgebers im Lohnpfändungsverfahren
- Vorläufiges Zahlungsverbot: Rechtswirkungen; Handlungspflichten des Arbeitgebers; Zusammentreffen mit Pfändung und Abtretung
- Pfändungsverfahren: Antrag, Zuständigkeit, Rechtsschutzbedürfnis; Durchführung der Pfändung; Zugriffsbereich für die Pfändung; Rechtswirkungen der Pfändung; Rechtsstellung der Beteiligten; Auskunftspflicht des Drittschuldners/Arbeitgebers; Fürsorgepflicht gegenüber dem:der Arbeitnehmer:in; Herausgabepflicht von Unterlagen; Verwertung; Kostenfragen
- Lohnabtretung und Aufrechnung: Zulässigkeit und Grenzen nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung; Vorgehensweise bei Zweifeln an der Zulässigkeit der Abtretung; Zusammentreffen der Abtretung mit Pfändung und Aufrechnung; die stille Abtretung; der Ausschluss der Abtretung aufgrund Vereinbarung
- Berechnung des pfändbaren Arbeitseinkommens: Zugriff auf absolut unpfändbare, bedingt pfändbare, relativ pfändbare Bezüge
- Unterhaltspfändung
- Die Besonderheiten der Lohnpfändung, Lohnabtretung und Aufrechnung in Verbraucherinsolvenzverfahren
- Hinterlegung beim Amtsgericht
- Zusammenarbeit mit dem Vollstreckungsgericht

Zielgruppe: Beschäftigte bei Behörden und Körperschaften, die die Besoldung der Beamt:innen, Vergütung der Angestellten und Entlohnung der Arbeiter:innen im Zusammenhang mit Pfändungen und Abtretungen bearbeiten

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass.jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Die Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens auf Unterhaltsansprüche

Spezialseminar	https://www.kbw.de/-VLB090
22.02. - 23.02.2024 (Berlin)	Code: VLB090 * 395,00 Euro
20.06. - 21.06.2024 (Berlin)	Code: VLB090 * 395,00 Euro
12.12. - 13.12.2024 (Berlin)	Code: VLB090 * 395,00 Euro

Die Insolvenzordnung (InsO) ermöglicht dem:der sich wohlverhaltenden Unterhaltsschuldner:in einen wirtschaftlichen Neubeginn. Durch den gesetzlichen Forderungsübergang nach § 7 UVG, § 94 SGB XII, § 33 SGB II werden die Beschäftigten der Sozial- und Jugendämter mit den Regelungen der InsO konfrontiert. Die sich aus der Verfahrenseröffnung ergebenden Rechtsfolgen haben erhebliche Auswirkungen auf den materiellen und formellen Bestand der Unterhaltspflichten. In dem Seminar werden praxisnah und unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung der Umgang mit Unterhaltsrückständen sowie die Zwangsvollstreckung künftig fällig werdender Unterhaltsansprüche während der Dauer des Verbraucherinsolvenzverfahrens dargestellt.

Schwerpunkte:

- Das Verbraucherinsolvenzverfahren (Verfahrensabläufe), insbesondere Abgrenzung der Verbraucher:innen- von der Regelinsolvenz
- Die Durchsetzung von Unterhaltsrückständen nach Maßgabe der InsO
- Die Restschuldbefreiung und ihre Folgen für den Unterhaltsanspruch
- Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf Maßnahmen der Einzelvollstreckung wegen Unterhalts, insbesondere Verbot der Einzelzwangsvollstreckung; Sicherungsmaßnahmen; Rückschlagsperre; Besonderheiten bei der Lohnpfändung

Zielgruppe: Beschäftigte der Sozial- und Jugendämter, Rechts- und Prüfungsämter der Landkreise, Städte sowie von Landes- bzw. Bundesverwaltungen, die bereits über Grundkenntnisse des Sozialhilferechts, der Zwangsvollstreckung nach der ZPO sowie über praktische Erfahrungen verfügen; Beschäftigte bei Vollstreckungsbehörden, die mit der zwangsweisen Durchsetzung von Unterhaltsforderungen befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO, ZPO (Gesetzestext)

Dozentin: Frau Prof. Brigitte Steder, Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

Die Insolvenzen - unterhaltsrechtliche Schwerpunkte (*Neu*)**Spezialseminar**

19.06.2024 (Frankfurt am Main)

<https://www.kbw.de/-VLB091>

Code: VLB091 * 295,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, den Teilnehmenden den grundlegenden Ablauf eines Insolvenzverfahrens zu vermitteln. Dabei werden entsprechende Besonderheiten sowie Antragsmöglichkeiten bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen aufgezeigt werden. Im Seminar besteht die Möglichkeit, individuelle Fragestellungen und Praxisfälle einzubringen. Es wird darum gebeten, diese spätestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn dem Kommunalen Bildungswerk e. V. per E-Mail einzureichen.

Schwerpunkte:

- Grundlagen des Insolvenzverfahrens
- Unterhaltsanspruch als Bestandteil der Insolvenzen
- Unterhaltsansprüche außerhalb der Insolvenzen
- Möglichkeiten nach erteilter Restschuldbefreiung

Zielgruppe: Beistand:innen, Beschäftigte der Unterhaltsvorschusskassen sowie der Jobcenter und Sozialämter

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO

Dozent: Herr Sebastian Limbach, Dipl.-Rechtspfleger, freiberuflicher Dozent mit Lehrauftrag

Unterhaltsforderungen: Beitreibung in EU-Mitgliedsstaaten sowie in Drittstaaten mithilfe der zentralen Behörden (ein Praxisleitfaden)**Spezialseminar**

12.12. - 13.12.2024 (Hamburg)

<https://www.kbw.de/-JUB080>

Code: JUB080 * 450,00 Euro

Ziel des Seminars ist die detaillierte Darstellung der Vollstreckung deutscher Titel u. a. über das Bundesamt für Justiz, insbesondere in den Mitgliedsstaaten der EU (kostenfrei). Für die Zwangsvollstreckung im Ausland sind formalisierte Bescheinigungen von der Titel errichtenden Stelle (Gericht, Jugendamt oder vom Notar) zu beantragen. Die entsprechenden Internetseiten zum Downloaden der Formulare mit deren automatischer Übersetzungsfunktion werden erläutert. Anhand von Fällen/Aktenauszügen werden die häufigsten Fehlerquellen in der Praxis aufgezeigt. Die Abgrenzung der verschiedenen EU-Verordnungen werden besprochen. Für die Beitreibung von Forderungen im Ausland ist die Kenntnis über internationale Abkommen und v. a. deren Umsetzung in der Praxis unerlässlich. Auf das Seminar Code: JUB079 zur Beitreibung des Unterhalts in Österreich und der Schweiz unmittelbar über die ausländischen Vollstreckungsorgane wird hingewiesen.

Schwerpunkte:

- Verfahrensablauf der Vollstreckung deutscher Unterhaltstitel in den Mitgliedsstaaten der EU nach der EuUnthVO mit detaillierter Erläuterung der hierzu erforderlichen Formulare, dargestellt an Hand eines Praxisfalls
- Möglichkeiten und Grenzen zur Ermittlung der Adresse von Unterhaltspflichtigen im europäischen und außereuropäischen Ausland
- Voraussetzungen für die Vollstreckung ausländischer Unterhaltstitel in Deutschland, Vorgehensweise, sofern im Ausland nicht die Möglichkeit der Titelmitschreibung besteht
- Vollstreckung deutscher Titel mit den Formularen des Haager Unterhaltsübereinkommens 2007 gegen Unterhaltsverpflichtete in Drittstaaten wie z. B. USA, GB (seit 01.2021), Norwegen, Türkei etc.
- Voraussetzungen für die Vollstreckung ausländischer Kindesunterhaltstitel in Deutschland trotz i. d. R. fehlender rechtlicher Möglichkeit der Titelmitschreibung; Abänderungsmöglichkeit für ausländische Unterhaltstitel
- Klärung der Frage, welches Gericht gegen ausländische Unterhaltsverpflichtete international zuständig ist und welches Unterhaltsrecht international anzuwenden ist
- Übersicht über sonstige internationale Abkommen zur erfolgreichen Durchsetzung des Unterhalts, wie z. B. Zustellabkommen nebst Aufzählung der Staaten in Länderlisten, die diesen Abkommen beigetreten sind

Zielgruppe: Beschäftigte, die mit der Beitreibung von Unterhaltsforderungen jedweder Art gegen Unterhaltsverpflichtete, die im Ausland wohnen, befasst sind, wie Beistände, Mitarbeitende in den Unterhaltsvorschussstellen oder in den Jobcentern bzw. Arbeitsagenturen

Dozent: Herr Thomas Schrom, Volljurist, Regierungsdirektor

